

DAS ARCHIV

ZEITUNG FÜR WOLFSBURGER STADTGESCHICHTE

0,00 €

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation der Stadt Wolfsburg

November 2016

Editorial

VON ANITA PLACENTI-GRAU

Die ersten Kommunalwahlen in Wolfsburg brachten einen doppelten Paukenschlag: Dem unverhofften eindeutigen Wahlerfolg der SPD von 1948 folgte nur zwei Jahre später ein noch überraschenderer Sieg der rechtsextremen *Deutschen Rechts-Partei* (DRP), die mehr als 64 Prozent der Stimmen für sich gewinnen konnte. Grund genug für das *Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation* (IZS) dazu im September eine Informationsveranstaltung zu organisieren. Ausgehend von einem Fraktionsantrag der SPD wurde zunächst der Blick auf die unmittelbare Nachkriegszeit gerichtet um sodann auch demokratische Transformationsprozesse der jungen Bundesrepublik insgesamt in den Blick zu nehmen. Mit der aktuellen Wahl und dem Einzug der *Alternative für Deutschland* (AfD) in den Rat der Stadt wurde der Bogen bis in die Gegenwart gespannt. Dass die zweite deutsche Demokratie sich fortwährend der Bedrohung durch extreme Kräfte erwehren musste, war eine der zentralen Erkenntnisse der Veranstaltung, deren Vorträge in komprimierter Form das Grundgerüst der dritten Ausgabe von *Das Archiv. Zeitschrift für Wolfsburger Stadtgeschichte* bilden. Besonders freut es mich, in dieser Ausgabe erstmals die Reihe *Forschungsarbeiten zu Wolfsburg* vorstellen zu können. Denn Wolfsburg war in der Vergangenheit für zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein relevantes Forschungsfeld – denken Sie nur an die soziologischen Wolfsburg-Studien Martin Schwonkes und Ulfert Herlyns – und ist es noch heute. Unser Ziel ist ein zweifaches: Einerseits möchten wir Sie schon frühzeitig an den Ergebnissen aktueller Forschungsvorhaben teilhaben lassen. Was in wissenschaftlichen Kolloquien, auf Fachkonferenzen und in den einschlägigen wissenschaftlichen Publikationsorganen zum Thema wird, soll immer wieder auch über Kurztex te in unserer Archivzeitung vorgestellt werden. Andererseits möchten wir über begleitende Interviews mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern herausfinden, was Wolfsburg für die Forschung so interessant macht. Den Anfang macht der Hamburger Historiker Jörn Eiben mit seinem Forschungsvorhaben über *Die Industriestädte Wolfsburg und Wilhelmshaven unter den Vorzeichen von Krisen und Transformationen*. Darüber hinaus führt uns der städtische Grabungstechniker Daniel Pollok von der *Unteren Denkmalbehörde* mit seinem Beitrag über die Burg Rothehof in die mittelalterliche Vorgeschichte unserer Stadt. Dr. Justin Hoffmann wiederum stellt die aktuelle wie auch die kommende Ausstellung des *Kunstvereins Wolfsburg* vor.



Wahlaufruf der CDU von 1946, der die Partei zur „Heimat für die Heimatlosen!“ erklärte (Vorderseite), StadtA WOB, S 40 (11)

Zwischen Bestürzung und Fassungslosigkeit

Fremd- und Eigendeutungen des DRP-Wahlsieges von 1948 in Wolfsburg

VON ALEXANDER KRAUS

„Man spricht von einer nationalen Erhebung, die 1933 das schlafende Deutschland aus den Angeln hob“, so der Landesvorsitzende der *Deutschen Rechts-Partei* (DRP) Franz Leonhard Schlüter¹ am 5. Dezember 1948 in der Wolfsburger Stadthalle. „So war es, bei Gott, und es wird nicht mehr lange dauern, und ein neues 1933 wird über uns hereinbrechen. Ich will es jedenfalls hoffen.“² Getragen vom unverhofften Erfolg knüpfte er damit ganz freimütig historische Bande. Bei dem selbst von den Wahlsiegern als überraschend empfundenen Ausgang der Kommunalwahl vom 28. November 1948 hatte die DRP 16.439 in insgesamt 25.586 abgegebenen Stimmen und damit 64,3 Prozent der Wählerschaft für sich gewonnen. Damit erlangte sie 17 der 25 Mandate im Stadtrat. Die ganz unverhohlen an die Rhetorik der NSDAP anknüpfende Partei feierte den Wahlerfolg als „Einbruch der Rechten in die Arbeiterschaft, als Schlag gegen die ‚Partei-buchwirtschaft‘“.³ Mit dem Ausgang der Wahl schrieb Wolfsburg ein schmäliches Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte, denn erstmals seit dem Ende des Nationalsozialismus konnte eine „Partei des des organisierten Rechtsradikalismus“ ein kommunalpolitisches Ausrufezeichen setzen. Wolfsburg wurde zum unruhmlichen Sonderfall, zur „Stadt der Nazis“, wie es der Wolfsburger Paul Schalmey in der Zeitschrift *Tat und*

Geist 1949 formulierte.⁴ Das Ausrufezeichen war noch dazu eines, das regional wie überregional wahrgenommen und entsprechend gedeutet wurde, denn die Kommunalwahl von 1948 verlangte zweifelsohne nach Reflexion. So wurde die Stadt am Mittellandkanal zu einem Deutungsfeld des Nachkriegsdeutschlands. Anhand der vielfach kursierenden Erklärungsversuche, der sich teilweise diametral gegenüberstehen Fremd- und Eigenwahrnehmungen, lässt sich wiederum ein vielstimmiges Bild der Herausforderungen des politischen Neuanfangs zeichnen.

Parteienecho und Rechts-außen-Kontinuitäten

Die *Braunschweiger Zeitung* hatte gleich nach der Wahl erste Stimmen aus der Wolfsburger Parteienlandschaft zum Wahlergebnis für den gesamten Kreis eingefangen, die ein kuriozes Bild des politischen Establishments zeichnen. So zeigte sich die SPD mit dem Wahlausgang im Kreis insgesamt nicht unzufrieden. SPD-Landrat Werner Kunze konkretisierte, er habe den spektakulären Erfolg der DRP in Wolfsburg, wo er seines Zeichens von September 1946 bis Juni 1947 das Amt des Bürgermeisters innehatte, bereits vier Wochen zuvor „aus der Kenntnis der Wolfsburger Bevölkerung heraus“ vorhergesehen, die „auf

Grund ihrer Zusammensetzung einen idealen Boden für radikale Experimente bilde“.⁵ In Wolfsburg, der ehemaligen NS-Musterstadt, waren die Grundvoraussetzungen für den demokratischen Neuaufbau tatsächlich deutlich widriger als andernorts. Es fehlte nicht nur jegliche kommunalpolitische Tradition, an die hätte angeknüpft werden können, hier konzentrierte sich darüber hinaus offenbar eine Wählerschaft, die mit der NS-Ideologie noch nicht gebrochen hatte. Die sechs Ratsmitglieder, die für die SPD (21,83 Prozent) in den Stadtrat einzogen, sollten jedenfalls in den folgenden Wochen stark angefeindet werden. Auch die CDU zeigte sich, was ihr Abschneiden im Kreis Gifhorn anbelangte, zufrieden. Für Wolfsburg hingegen betrieben ihre Vertreter Wählerschelte im klassischen Sinne: „Das Wolfsburger Wahlergebnis hätte bewiesen, wie gering die politische Vernunft der Wähler in dieser Stadt zu veranschlagen sei.“ Angesichts der zwei Ratsitze, die der Partei aus den 10,45 Prozent Anteil *Fortsetzung auf Seite 2*





Otto Ernst Remer 1951 während einer Wahlversammlung der SRP in Wolfsburg. Am Ende der von etwa 2.000 Personen aufgesuchten Versammlung wurde das Deutschlandlied angestimmt. Foto: ap/dpa/picture alliance/Süddeutsche Zeitung Photo

Fortsetzung von Seite 1 an Wählerstimmen zustanden, habe es „keinen Zweck, sich [...] an der Ausschubarbeit zu beteiligen“, hieß es lapidar. Die siegreiche DRP dagegen hatte selbst mit maximal 40 Prozent Stimmenanteil gerechnet und zeigte sich nun von der unerwarteten Regierungsverantwortung überrascht – und ziemlich bald auch überfordert. Von den 17 DRP-Kandidaten verfügte letztlich nicht ein einziger über parlamentarische Erfahrung, geschweige denn Grundkenntnisse,⁶ was sich in den kommenden Wochen anhand zahlreicher Formfehler zeigen sollte. Ihre Versuche, die Stadtverwaltung von unliebsamen Mitgliedern zu „säubern“, so im Falle des Stadtkämmerers Dr. Felix Laurent oder auch des Stadtdirektors Johannes Dahme, scheiterten, da sie die protokollarischen Vorgaben nicht einhielten, ja mit den „Methoden des Parlamentarismus“ schlichtweg nicht vertraut waren, wie ihnen der SPD-Ratsherr Erich Schilling vorwarf.⁷ Als sich Anfang des Jahres 1949 beispielsweise der Wohnungsausschuss neu bilden sollte, bestimmten die DRP-Ratsherren den Flüchtlingsvertreter kurzerhand selbst und verstießen damit gegen die geltenden Rechtsvorschriften.⁸ Ein Formfehler bei der Aufstellung der Wahlliste, der zuvor auch von Dahme übersehen worden war, führte letztlich zur Annullierung der Wahl. Die FDP hatte Beschwerde eingelegt, da auf der Reserveliste der DRP vier Kandidaten zu viel aufgestellt waren, von denen einige nach der Wahl ebenfalls in den Stadtrat aufrückten. Die Beschwerde hatte Erfolg, erklärte doch das Wahlprüfungsgericht in Lüneburg die Kommunalwahl in Wolfsburg Anfang März 1949 für ungültig.⁹ Auf einer daraufhin veranstalteten Protestveranstaltung in Wolfsburg, die von 2.000 wohlwollenden Teilnehmern besucht wurde, agierte Schlüter gegen die Annullierung der Wahl – demonstrier-

tiv wurde zum Abschluss der Veranstaltung die erste Strophe des Deutschlandliedes gesungen. Auf einem Flugblatt appellierte die DRP an die Wolfsburger, sich nicht durch die allfälligen „Verleumdungen, Presselügen [und] parlamentarischen Scheinmanöver“ beirren zu lassen.¹⁰ Für den Gebietsbeauftragten der Militärregierung war da die rote Linie längst überschritten: Die DRP wurde im Kreis Gifhorn verboten. In der Verbotsbegründung heißt es, die DRP habe „ihre Politik in einer aufreizend nationalistischen und manchmal sogar militaristischen Weise betrieben“. Da deren „Politik und Methoden [...] die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedrohen und einer freien und friedlichen Entwicklung der Demokratie in Deutschland nachteilig sind“, entzog die Militärregierung die zuvor erteilte Genehmigung zur parteipolitischen Tätigkeit.¹¹ Damit war ein erneutes Antreten der DRP bei der nun anstehenden Wahlwiederholung verhindert. Allerdings konnte die *Deutsche Partei*, die zu einem „Sammelbecken der Rechtsradikalen“ wurde und sich in Wolfsburg aus ehemaligen DRP-Akteuren rekrutierte,¹² bei besagter Wahl im Mai 1949 48 Prozent der Wählerstimmen für sich verbuchen.¹³ Erneut hatte eine Rechts-außen-Partei in Wolfsburg bei einer demokratischen Wahl die Gunst der Wähler für sich gewonnen. Mit der *Sozialistischen Reichspartei* (SRP), die im Oktober 1949 durch Otto Ernst Remer sowie durch zwei Wolfsburger, den VW-Betriebsratsvorsitzenden Helmut Hillebrecht und Dr. Bernhard Gericke, in Hannover gegründet wurde und in Wolfsburg bei den Kommunalwahlen von 1951 vier Sitze im Rat der Stadt erreichte, fanden zahlreiche ehemalige DRPler bis zum Verbot der SRP 1952 eine neue politische Heimat. Die einstige Ortsgruppe der DRP trat fast geschlossen der SRP bei. Bis zum Ende der 1950er

Jahre konnten rechte Parteien – mit Ausnahme der Kommunalwahl von 1952 – stets Sitze im Stadtrat erlangen.

Deutungsversuche der zeitgenössischen Presse

Bereits unmittelbar nach der Kommunalwahl ertönten kritische Warnsignale in der regionalen wie überregionalen Presse. Dass die *Deutsche Rechts-Partei* in Wolfsburg und nirgendwo sonst in Niedersachsen oder Deutschland nennenswerte Erfolge habe feiern können, könne zwar anhand der „besonderen örtlichen Verhältnisse“ jener durch die Nationalsozialisten gegründeten „Stadt ohne Vergangenheit“ erklärt, doch keineswegs gerechtfertigt werden, schrieb beispielsweise Paus Pommer in der *Hannoverschen Presse*.¹⁴ Mit den Wolfsburg-spezifischen Verhältnissen hatte Pommer wenigstens die folgenden zwei Ebenen im Blick: Die erste hatte bereits der damalige Stadtdirektor Johannes Dahme in seiner *Denkschrift zur einmaligen Notlage einer niedersächsischen Stadt* thematisiert. In seiner an den niedersächsischen Landtag sowie die englischen und deutschen Behörden adressierten veritablen Klageschrift setzte der SPD-Politiker das Elend seiner Stadt noch über das jener Städte, deren „Rathäuser, Schulen, Krankenhäuser, Altersheime und andere Anstalten von Bomben getroffen, beschädigt und vielleicht auch völlig zerstört“ worden seien.¹⁵ Schließlich sei es, so Dahme, doch zumeist keineswegs der Fall, dass „sämtliche kommunale Anlagen [...] durch Kriegseinwirkung dem Erdboden gleich gemacht“ wurden – in Wolfsburg dagegen seien all diese erst gar nicht vorhanden. Da der Aufbau der Stadt infolge der unklaren rechtlichen Situation nur schleppend erfolge, seien die zahlreichen in Wolfsburg gestrandeten Flüchtlinge und „anderweitigen Opfer des Krieges“ bislang heimatlos geblieben. Diese wie zahlreiche weitere durch den Stadtdirektor aufgeführte gravierende Missstände, allen voran die prekäre Wohnraumfrage, trügen letztlich dazu bei, „den Glauben der Bürgerschaft an einen demokratischen Aufbau in dieser Gemeinde“ stark zu erschüttern. Infolge des Mangels einer „angestammte[n] Bevölkerung“ und „historisch gewachsene[r] Bausubstanz“, so Dietrich Kautt in seiner Studie über *Wolfsburg im Wandel städtebaulicher Leitbilder*, konnte eine städtische Identität im „kaum halb fertige[n] Fragment“ Wolfsburg allein durch „Pioniergeist vermittelt werden“.¹⁶ Auf einer zweiten Ebene zielte Pommers Aussage wohl zudem auf die spezifische Konstellation der Wolfsburger Bevölkerung ab. Denn die Stadt wurde in den Nachkriegsjahren zunehmend zu einer Durchgangsstation zahlreicher Displaced Persons, zu einem Sammelbecken deutscher Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten und zahlreicher Kriegsheimkehrer – allesamt Kriegsverlierer, die für das durch die DRP propagierte Opfer-Narrativ anfällig waren.

Für den Journalisten Pommer zeigte das forsche Auftreten der DRP-Politiker in Wolfsburg, die auf ihren Versammlungen die NS-Zeit „hemmungslos“ und „unverblümt“ zu rühmen wagten, wie sicher sich die rechten Kräfte im Nachkriegsdeutschland bereits wieder fühlten. In ihrer erkennbaren schleichenden Radikalisierung erkannte er Parallelen zur *Deutschnationalen Volkspartei* wie auch zum Werdegang der NSDAP. Für ihn war Wolfsburg allerdings kein Einzelfall, seien doch dort Entwicklungen sichtbar geworden, „deren Keime überall

in Deutschland liegen“:¹⁷ das Wiedererstarken des Nationalismus. Entsprechend deutlich klingt seine finale Warnung. Denn es sei nun einmal die Frage, „ob wir uns das [den Wiederaufstieg des Nationalismus] leisten können und wollen, ob es nicht höhere Verpflichtungen gibt, um zu verhüten, daß der Unfug in Wolfsburg [...] eine Gemeinde zerstört, so wie er einst ein ganzes Volk in den Abgrund riß.“ Da sich an Wolfsburg zeige, „ob wir die Demokratie zu handhaben vermögen“, erklärte er die niedersächsische Stadt am Mittellandkanal zu einem Prüfstein der neuen politischen Ordnung. Was Pommer damit in der *Hannoverschen Presse* formulierte, sollte tatsächlich eine der zentralen Herausforderungen der frühen Bundesrepublik werden, schließlich war – um mit Edgar Wolfrum zu sprechen – das eigentliche „Wunder“ weniger das vielzitierte Wirtschaftswunder, denn die Frage, „wie aus den ehemaligen Volksgenossen der NS-Diktatur demokratische Bürger wurden“.¹⁸

Auch die *Niedersächsische Volksstimme* sah sich kurz nach der Kommunalwahl in Wolfsburg in frühere Zeiten versetzt und kommentierte nicht ohne Polemik: „Es war, als ob eine Schallplatte aus ‚jenen Tagen‘ abließ, so genau gab man in der DRP [...] die Gedankengänge von 1933 wieder. War es Absicht oder nur ein Versehen, daß man auf der Bühne ‚nur‘ die Fahne schwarz-weiß-rot zeigte, aber das Hakenkreuz vergaß?“¹⁹ Auf der Veranstaltung, bei der das Publikum eigentlich damit gerechnet habe in Erfahrung zu bringen, wie die DRP gedenke, die kommunalpolitischen Herausforderungen zu meistern, seien jedoch allein Parolen vom Schlage „Ich bin kein Nationalsozialist, aber ich bin national und sozial“ gedroschen worden. Mit der Aussage, die Wolfsburger seien nun „vom Regen in die Traufe“ gekommen, lieferte die KPD-nahe Zeitung allerdings auch eine Erklärung für den Wahlerfolg der rechts-außen Partei mit, der nicht nur in diesem Presseartikel formuliert wurde: Sie seien „von der SPD wahrhaft schlecht regiert worden“. Tatsächlich standen in den Jahren der SPD-Regierung wiederholt berechnete Korruptionsvorwürfe im Raum; maßgeblich für das Ende des in Wolfsburg allein die ersten Monate nach Kriegsende bestehenden gesellschaftlichen Konsenses war indes die als Teil der Entnazifizierung geplante „Aktion Wolfgang“ – die intendierte Ausweisung der politisch Belasteten aus der Stadt, die innerhalb der Bevölkerung für große Unruhe sorgte –, die jedoch aus unterschiedlichen Beweggründen seitens der politisch Verantwortlichen verhindert wurde. Nichtsdestotrotz machte die DRP die „Aktion Wolfgang“ zum Wahlkampfthema und auch in den Jahren danach wurde wiederholt versucht, „mit gezielten Hinweisen Stimmung gegen die SPD zu machen“.²⁰

Dass die SPD der Rechtspartei die Nutzung der Stadthalle zu Wahlkampfveranstaltungen versagte, wurde wiederum von der *Braunschweiger Zeitung* als taktischer Fehler erkannt: Es habe ganz den Anschein, als hätte „sich die Bevölkerung auf die Seite der vermeintlichen ‚Unterdrückten‘ geschlagen“.²¹ Sie konstatierte zudem, wie konsequent die DRP während ihres Wahlkampfes die Entnazifizierungspolitik scharf angegriffen hatte und zeigte sich verwundert darüber, wie unumwunden die „sozialen Institutionen Hitlerdeutschlands“ durch sie zum „Vorbild“ genommen wurden.²² Die DRP habe mit ihrer Propaganda offen zu verstehen gegeben, dass sie den „ehemaligen Nationalsozialisten wieder einen Platz *Fortsetzung auf Seite 3*

Fortsetzung von Seite 2 im öffentlichen Leben verschaffen“ wolle. Dennoch versuchte die *Braunschweiger Zeitung* das „bestürzende“ Wolfsburger Wahlergebnis über die politische Gemengelage zu erklären: In einer Fragment gebliebenen Stadt zwischen Baracken und Brachland lebend, habe schlichtweg das Gefühl einer politischen Heimatlosigkeit der aus aller Herren Länder bunt „zusammengewürfelten“ Einwohner diese zu ihrer „politische[n] Instinklosigkeit“ verleitet. Sie hätten die Konsequenzen ihres Votums nicht bedacht und seien nun selbst erschrocken, schließlich stehe außer Frage, dass „mit bloßem Geschrei weder Kommunalpolitik zu treiben noch der Absatz des Volkswagens zu sichern“ sei.²³

Retrospektive Deutungen Anfang der 1960er Jahre

Die Deutung der Kommunalwahl von 1948 war auch in einer durch den Göttinger Sozialwissenschaftler Hermann Hilterscheid erfolgten Reihe an Forschungsinterviews mit zahlreichen ehemaligen Akteuren der sich formierenden Stadtgesellschaft immer wieder Thema. In den zwischen den Jahren 1958 und 1963 geführten Gesprächen scheinen sich einzelne Deutungsmuster bereits verfestigt zu haben. Allerdings finden sich auch solche Stimmen, die der Wahl keine allzu große Bedeutung für die Stadtgeschichte zugestehen wollten. Die Aussage eines einstigen Pastoren, „man könne diese ‚Episode‘ nicht als ein politisches Bekenntnis werten“,²⁴ wirkt angesichts der zeitgenössischen Kommentare wie ein schlechter Versuch der Geschichtsklitterung. Ihm erschien es Ende 1961 jedenfalls als zu einfach, „das Problem des Rechtsradikalismus in Wolfsburg in den großen Zusammenhang neonazistischer Umtriebe in der Bundesrepublik zu stellen“. Es sei auch nicht der Sache dienlich, „wenn man die Episode des Rechtsradikalismus in Wolfsburg, die ihre spezifischen örtlichen Ursachen habe und kaum Rückschlüsse auf eine allgemeine Symptomatik zulasse, wieder in die Öffentlichkeit bringe“.²⁵

Die über 80 Interviewpartner Hilterscheids, die überwiegend der städtischen Elite zuzurechnen sind und meist schon während der NS-Zeit Funktionen in der Stadt übernommen hatten – ein nicht von der Hand zu weisendes quellenkritisches Problem –, zeichnen in ihren Interviews in der Retrospektive alles andere als ein einheitliches Bild der Kommunalwahl von 1948. Wiederholt verweisen sie auf die „örtlichen Missstände“,²⁶ es habe eine „soziale Hochspannung“ mit drohender „Explosionsgefahr“ vorgeherrschet.²⁷ Auch habe „ein Zusammenhang zwischen der Urbevölkerung und der späteren Wahl“ bestanden.²⁸ Hinter solchen Aussagen steht die Vermutung, dass in die einstige NS-Musterstadt überwiegend überzeugte Nationalsozialisten gezogen seien.²⁹ Andere schlossen einen solchen Zusammenhang entschieden aus und vermuteten die Wählerschaft in der großen Gruppe an meist jungen Flüchtlingen und Soldaten, die ihre Sozialisation ausnahmslos in der NS-Zeit erfahren hätten. Auch für die im Kontext der Entnazifizierung geplante „Aktion Wolfgang“ stehen sich in den Interviews die Deutungen mitunter diametral gegenüber. Einerseits gereichte es der SPD zum Vorteil, dass es ihr gelungen sei, diese als unmenschlich empfundene Maßnahme verhindert zu haben,³⁰ andererseits wurde sie just als treibende Kraft hinter der Aktion ausgemacht – und 1948 entsprechend abgestraft.³¹



Der Rat der Stadt Wolfsburg 1946–1948, StadtA WOB, HA 9301

Zahlreiche der Interviewten äußerten in den Gesprächen mit Hilterscheid, dass auch Anfang der 1960er Jahre rechtsradikale Auffassungen in den mittleren und unteren Schichten Stadtbevölkerung noch weite Verbreitung fänden und formulierten demnach eine Einstellungskontinuität.³² Konkret wurde die Werbeabteilung des Werks durch einen Interviewpartner als „ein Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten“ ausgemacht, doch seien auch unter den Rechtsanwälten, Ärzten und Lehrern der Stadt noch viele „verkappte Nationalsozialisten“ zu finden.³³ Manch SPD-Politiker stand ebenfalls infrage. Der Gewerkschaftler Wilhelm Kiesel beispielsweise, der schon ab 1945 die Stadtgeschichte mitzudenken begann, erschien einem Befragten als nicht integer, habe er doch noch im Oktober 1944 „einen glühenden Aufruf zum Ausharren“ in der Werkszeitschrift veröffentlicht³⁴ – eine Aussage, die sich bislang seitens der Forschung noch nicht bestätigen ließ. Eine weitere Stimme wunderte sich, woher die führenden Leute der SPD, die sich in Wolfsburg schon früh organisierte, denn mit einem Male „nach oben geschwemmt“ kamen³⁵ – und spielte damit auf die Kommunalwahl von 1946 an.

Dass 1946 die SPD damals mit über 59 Prozent der Stimmen einen unerwarteten Wahlsieg einfahren konnte, wurde seitens eines anderen Interviewten als Tarnmüve der ehemaligen Nationalsozialisten erkannt:³⁶ Da die SPD in den folgenden beiden Jahren nach der Wahl vor allem durch eine rücksichtslose Ausnutzung der Macht aufgefallen,³⁷ Bestechungen und Misswirtschaft³⁸ an der Tagesordnung gewesen seien – „[d]ie gewohnte Unbestechlichkeit des Verwaltungsapparats“ sei „durch orientalische Verhältnisse“ ersetzt worden³⁹ –, habe die Wählerschaft ein Zeichen setzen wollen. In letzter Konsequenz, so eine weitere Stimme, sei die SPD aufgrund ihres ungezügelt ausgelebten „Machtrausch[s]“ abgestraft worden.⁴⁰

Letztlich widersprachen sich nicht wenige der Interviewten mit ihren Deutungen selbst: So wurde auf der einen Seite das „absolute Versagen“ der SPD konstatiert, um nur wenig später anzumerken, wie sehr in jenen Tagen die vermeintlichen Missstände aufgebauscht worden seien: „Dinge, die heute nichts gelten und die niemanden aufregen, hätten damals gewaltige Erschütterungen verursacht“.⁴¹ Im Rückschluss scheint die Wahl der DRP demnach weniger aus Überzeugung denn aus Protest erfolgt zu sein.⁴² Eine bereits

1949 von einem Meinungsforschungsinstitut durchgeführte Umfrage in Wolfsburg, von der allerdings nicht bekannt ist, wie viele Stimmen gehört wurden und wie repräsentativ sie demnach ist, vermag diese These allerdings nicht zu bestätigen: Allein acht von hundert hätten sich von der SPD „betrogen“ gefühlt. Dagegen versprochen sich 26 von hundert durch die DRP eine „Verbesserung ihrer persönlichen Lage“.⁴³

Unter dem Strich steht außer Frage, dass die Wolfsburger Kommunalwahl eine differenzierte Betrachtung erfordert. Die Siedlung am Mittellandkanal war 1948 sicher keine „unbelehrbare Nazihochburg“, vielmehr zeigt sich hier die Entwicklung der Bundesrepublik wie unter einem Brennglas. In der Stadt selbst herrschte nicht nur eine weitgehende Elitenkontinuität – die „entscheidenden Stadtgremien“ waren überwiegend durch solche Akteure besetzt, die bereits während der NS-Zeit die politischen Geschicke der Stadt lenkten,⁴⁴ – sondern auch eine „Volkskontinuität“, womit der Historiker Lutz Niethammer das Fortwirken von Mentalitäten und Wertmustern aus der Zeit des Nationalsozialismus beschrieben hat.⁴⁵ Die kommunalpolitischen Probleme der Stadt und ihr fragmentarischer Charakter, der eine Folge des gescheiterten Stadtaufbaus im Nationalsozialismus war,⁴⁶ schufen ebenso wie die hohe Anzahl an Flüchtlingen aus den ehemaligen Ostgebieten tiefgreifende ökonomische und soziale Probleme, die sich in der Volkswagenstadt mit einer unzureichenden Kommunalpolitik verbanden und so den Boden für den Rechtsextremismus bereiteten. Erst mit dem Beginn des Wirtschaftswunders, das sich in Wolfsburg durch die einsetzende Automobilkonjunktur und die damit beginnende Entwicklung der ehemaligen NS-Musterstadt zur „Goldgräbermetropole“ manifestierte, stabilisierte sich das politische System der jungen Demokratie. Der daraus resultierende kontinuierlich anwachsende Wohlstand, der sich in Wolfsburg nicht zuletzt in den bundesweit höchsten Löhnen zeigte, die das Volkswagenwerk seinen Arbeitern zahlte, erzeugte eine Integrationskraft, die dem Rechtsextremismus die soziale Basis entzog.⁴⁷ Dass die Rechtsextremen Ende der 1950er Jahre letztmals in den Rat der Stadt einzogen und alsbald in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwanden, zeigt daher auch, wie paradigmatisch die Entwicklung in Wolfsburg für die Geschichte des Rechtsextremismus in der jungen Bundesrepublik ist.

1 Schlüter bekam nur wenig später ein politisches Betätigungsverbot, agierte daraufhin bei der Nationalen Rechten und bekleidete 1954, dann bereits für die FDP, ganze vierzehn Tage das Amt des niedersächsischen Kultusministers, ehe er aufgrund seiner politischen und verlegerischen Karriere zunächst dazu gedrängt wurde, sich beurlauben zu lassen und sodann seinen Rücktritt einzureichen. Dazu Teresa Nentwig, „Kultusminister der vierzehn Tage“ – Der Skandal um Leonhard Schlüter 1955“, in: Franz Walter/Dies. (Hg.), *Das gekränkte Gänseliesel – 250 Jahre Skandalgeschichten in Göttingen*. Göttingen 2016, S. 126–138.

2 Paus Pommer, „Beispiel Wolfsburg warnt Deutschland. In der Volkswagen-Stadt triumphiert der Rechts-Radikalismus“, in: *Hannoversche Presse* vom 7. Dezember 1948, S. 2.

3 Günter J. Trittel, „Genossen, es gilt den Anfängen zu wehren...! Sozialdemokratie und Rechtsextremismus in der frühen Nachkriegszeit in Niedersachsen (1948–1955)“, in: Karsten Rudolph/Christl Wickert (Hg.), *Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen der Demokratie*. Festschrift für Helga Grebing. Essen 1995, S. 270–289.

4 Paul Schalmey, „Wolfsburg – neue Hauptstadt der Bewegung“, in: *Geist und Tat*, Jg. 4 (1949), Nr. 3, S. 116–120, hier S. 116.

5 Hier und im Folgenden „Die Parteien zum Wahlergebnis“, in: *Braunschweiger Zeitung* vom 3. Dezember 1948, S. 6.

6 Christian Bode, „Jedermann rechts heran!“ Die Deutsche Rechtspartei (DRP) und die Wolfsburger Kommunalwahl vom 28. November 1948. Eine Untersuchung zum frühen Rechtsextremismus in Niedersachsen. Schriftliche Hausarbeit zur Erlangung des Ersten Staatsexamens an der Georg-August-Universität Göttingen (1995), S. 99.

7 StadtA WOB, HA 2862, Ratssitzungen, Bd. I. 22.6.1945–4.3.1949, Protokoll der Ratssitzung vom 24.2.1949, S. 7.

8 Monika Uliczka, *Berufsbiographie und Flüchtlingsschicksal: VW-Arbeiter in der Nachkriegszeit*. Hannover 1993, S. 35.

9 Hier und im Folgenden Manfred Jenke, *Verschönerung von rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945*. Berlin 1961, S. 59.

10 Zitiert nach Ebd., S. 59 [Sopade, 1.8.1949].

11 Zitiert nach Ebd., S. 60.

12 Arthur Maier, *Wahlen, Wahlverhalten und Sozialstruktur in Wolfsburg von 1945 bis 1960*. Göttingen 1979, S. 95. Dazu und zur DRP-Wahl in der Rückschau einiger der damaligen Akteure im Jahr 1967 siehe die Mitschrift zur Veranstaltung „Wolfsburg-Reihe der Volkshochschule 1966/67“: StadtA WOB, EB 11, *Aussprache-Abend mit einleitendem Referat von Herrn Rechtsanwalt Schoefer am 24. Februar 1967*. Thema: Die Entwicklung des politischen Lebens in Wolfsburg. Die Parteien in Wolfsburg – zwischen Kuriosität und Stabilität, insbesondere S. 17f.

13 Dazu Udo Riechert, *Neubeginn im Schatten der NS-Tyrannie. Gewerkschaften und Betriebsräte in Braunschweig und Wolfsburg in den ersten Nachkriegsjahren*. Braunschweig 1987, S. 173.

14 Pommer, *Beispiel Wolfsburg warnt Deutschland* (wie Anm. 2).

15 Hier und im Folgenden Johannes Dahme, *Stadtdirektor in Wolfsburg, Zehn Jahre Wolfsburg*. Denkschrift zur einmaligen Notlage einer niedersächsischen Stadt. Maschinenschriftliches Dokument [1948].

16 Dietrich Kautt, Wolfsburg im Wandel städtebaulicher Leitbilder. Braunschweig 1989, S. 102.

17 Pommer, Beispiel Wolfsburg warnt Deutschland (wie Anm. 2).18 E d g a r Wolfrum, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 2006, S. 14.

19 Hier und im Folgenden „Eine Stadt – die vom Regen in die Traufe kam“, in: Niedersächsische Volksstimme vom 8. Dezember 1948, S. 5.

20 Uliczka, Berufsbiographie und Flüchtlingsschicksal (wie Anm. 8), S. 269–279, hier S. 277.

21 „Wolfsburg wählte radikal – und beut“, in: Braunschweiger Zeitung vom 30. November 1948, S. 6.

22 Ebd.

23 Hier und im Folgenden Schl., „Wolfsburgs gefährliches Experiment“, in: Braunschweiger Zeitung vom 30. November 1948, S. 6.

24 StadtA WOB, S 1 (5), Gespräch mit Pastor B. in dessen Wohnung am 13.11.1961 (1/3a), S. 1.

25 Ebd. Ähnlich argumentierend: Ebd., Gespräch mit Herrn D. und Herrn Dr. P. am 23.7.1963 in deren Büro (1/13), S. 1.

26 StadtA WOB, S 1 (5), Gespräch mit Herrn M. am 17.7.1963 (1/4), S. 1.

27 Beide Zitate in StadtA WOB, S 1 (5), Gespräch mit Herrn P. am 24.7.63 in dessen Wohnung (1/17), S. 1.

28 StadtA WOB, S 1 (5), Gespräch mit Herrn M am 17.7.1963 (1/4), S. 1; Ebd., Gespräch mit Herrn R. am 22. Juli 1963 in dessen Büro (1/26), S. 1.

29 Beispielsweise StadtA WOB, S 1 (5), Gespräch mit Herrn E. am 3.5.1963 in dessen Wohnung (1/24), S. 1.

30 Beispielsweise StadtA WOB, S 1 (5), Gespräch mit Herrn H. am 2.4.1963 (1/30), S. 3.

31 Exemplarisch StadtA WOB, S 1 (5), Gespräch mit Herrn Dr. K. am 21.6.1963 im Rathaus (1/40), S. 1.

32 StadtA WOB, S 1 (5), Gespräch mit H.B. am 14.5.1963 in dessen Wohnung (1/7), D. 1.

33 StadtA WOB, S 1 (5), Gespräch mit Herrn E. am 3.5.1963 in dessen Wohnung (1/24), S. 1.

34 StadtA WOB, S 1 (5), Gespräch mit Herrn P. am 24.7.63 in dessen Wohnung (1/17), S. 1.

35 StadtA WOB, S 1 (5), Gespräch mit Herrn M. am 17.7.1963 (1/4), S. 2.

36 StadtA WOB, S 1 (5), Gespräch mit Herrn B. am 19. April 1963 in dessen Wohnung (1/25), S. 2. Ebenso Ebd., StadtA WOB, S 1 (5), Gespräch mit Herrn J.S. am 7.4.1963 in dessen Wohnung (1/75), S. 1.

37 StadtA WOB, S 1 (5), Gespräch mit Herrn H. am 14. Juni 1963 im Werk (1/28), S. 2; Ebd., Gespräch mit Herrn H. am 8.5.1963 in dessen Wohnung (1/32), S. 1; Ebd., Gespräch mit Herrn O. am 11.7.1963 (1/38), S. 2; Ebd., Gespräch mit Herrn M. am 5. April 1963 in dessen Wohnung (1/51), S. 2; Ebd., Gespräch mit Herrn A. am 23. April 1963 in dessen Wohnung (1/74), S. 1.

38 StadtA WOB, S 1 (5), Gespräch mit Herrn A. am 23. April 1963 in dessen Wohnung (1/74), S. 1.

39 StadtA WOB, S 1 (5), Gespräch mit Herrn C am 25.4.1963 im Rathaus (1/66), S. 2.

40 StadtA WOB, S 1 (5), Gespräch mit Herrn M. am 17.7.1963 (1/4), S. 2.

41 StadtA WOB, S 1 (5), Gespräch mit Herrn J.S. am 7.4.1963 in dessen Wohnung (1/75), S. 1.

42 StadtA WOB, S 1 (5), Gespräch mit Herrn A. am 23. April 1963 in dessen Wohnung (1/74), S. 2.

43 Maier, Wahlen, Wahlverhalten und Sozialstruktur in Wolfsburg (wie Anm. 12), S. 140.

44 Manfred Grieger, „Zuwanderung und junge Industriestadt. Wolfsburg und die Migranten seit 1938“, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 81 (2009), S. 177–221, hier S. 190.

45 Lutz Niethammer, „Einleitung“, in: Ders. (Hg.): „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll“. Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Bd. 1. Berlin/Bonn 1983, S. 7–29, hier S. 8.

46 Siehe dazu Günter Riederer, „Die Barackenstadt. Wolfsburg und seine Lager nach 1945“, in: Deutschland Archiv, Jg. 46 (2013), S. 107–118.

47 „Von der ‚nationalsozialistischen Musterstadt‘ zur ‚Wirtschaftswunderstadtmropole‘. Wolfsburg und das Problem der eigenen Identität 1945–1963“, Vortrag gehalten von Marcel Glaser auf dem 32. Treffens des Arbeitskreises für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen am 25. April 2015, sowie Axel Schildt, „Wolfsburg – eine neue Stadt im Wiederaufbau der Bundesrepublik“, in: Martin Kaltwasser/Ewa Majewski/Jakub Szreder (Hg.), Industriefuturismus. 100 Jahre Wolfsburg/Nowa Huta. Frankfurt am Main 2007, S. 210–220, hier S. 215.

Die verspätete Ankunft des neuen Rechtspopulismus im deutschen Parteiensystem

VON FRANK DECKER

Deutschland war auf der Landkarte des europäischen Rechtspopulismus jahrzehntlang ein weißer Fleck. Mit Erstaunen und Irritation registrierte man hierzulande, wie sich seit den 1970er Jahren neu entstandene Rechtsparteien rings um uns herum breit machten. Ihre Anführer waren bald in aller Munde: Jean-Marie Le Pen, Jörg Haider, Silvio Berlusconi, Pim Fortuyn. Die Bundesrepublik schien gegen das Virus offenbar immun. Sporadische Wahlerfolge diverser Rechtsparteien gab es zwar auch hier, doch blieben sie auf die regionale Ebene beschränkt. Weder gelang es den neuen Herausforderern, ihre Kräfte in einer schlagkräftigen Organisation zu bündeln, noch konnte sich eine einzelne Gruppierung – etwa die 1983 durchaus verheißungsvoll gestarteten Republikaner – dauerhaft durchsetzen. Mit der *Alternative für Deutschland* (AfD) scheint sich das jetzt zu ändern. Bei der Bundestagswahl im September 2013 verfehlte die zu diesem Zeitpunkt gerade einmal drei Monate alte Partei den Einzug in das Parlament nur knapp. Seither eilt sie von Erfolg zu Erfolg, bei den jüngsten Landtagswahlen sogar mit deutlich zweistelligen Ergebnissen. Auch wenn die Konjunktur des Flüchtlingsthemas, die sie in diese Höhen katapultiert hat, bis zur Bundestagswahl im kommenden Jahr wieder nachlassen dürfte, ist nicht davon auszugehen, dass die AfD bald verschwindet. Die Bundesrepublik wird sich also – zumindest mittelfristig – auf ähnliche Verhältnisse einstellen müssen wie unsere Nachbarländer, wo der Rechtspopulismus längst zu einer normalen, zum Teil sogar politisch salonfähigen Erscheinung geworden ist.

Die Bundesrepublik schien gegen das Virus offenbar immun. [...] Nun wird sie sich auf ähnliche Verhältnisse einstellen müssen wie unsere Nachbarländer, wo der Rechtspopulismus längst zu einer normalen, zum Teil sogar politisch salonfähigen Erscheinung geworden ist.

Wenn das so stimmt, dann stellen sich drei Fragen: *Welche Gründe hat der Erfolg der AfD? Warum gibt es eine solche Partei erst jetzt? Und hat die AfD Chancen, sich über das Bundestagswahljahr hinaus im deutschen Parteiensystem fest zu etablieren?*

Aus der vergleichenden Forschung weiß man, dass es in der Regel einer Initialzündung, eines bestimmten „populistischen Moments“ (Lawrence Goodwyn) bedarf, um solche Parteien oder Bewegungen hervorzubringen. Bei der AfD war es die Finanz- und Eurokrise, die das „Gelegenheitsfenster“ für eine neue EU-kritische Partei öffnete. Deren programmatische Kernforderungen – kontrollierte Auflösung der Währungsunion und Absage an eine weitere Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses – eigneten sich bestens, um daran eine breitere rechtspopulistische Plattform anzudocken, die die Gegnerschaft zum Establishment (als Wesenselement des Populismus) mit Anti-Positionen in der Zuwanderungsfrage und anderen Bereichen der Gesellschaftspolitik verknüpfte. Mehrere Umstände kamen der AfD dabei zugute. Erstens konnte sie an verschiedene Vorgängerorganisationen anschließen, die von der aufgelösten eurokritischen Partei *Bund freier Bürger*

über die *Initiative Soziale Marktwirtschaft* bis hin zum konservativen Kampagnennetzwerk *Zivile Koalition* ihrer heutigen AfD-Europaabgeordneten Beatrix von Storch reichten. Auch die Sarrazin-Debatte im Jahre 2010 dürfte mitgeholfen haben, das Terrain für den Rechtspopulismus zu ebnet. Dieser ist mit der Entstehung der AfD also keineswegs vom Himmel gefallen. Zweitens haben die seit 2009 zusammen regierenden bürgerlichen Parteien *Union* und FDP durch ihren programmatischen Kurs und ihr Regierungshandeln Nischen im Parteiensystem geöffnet. Während die Liberalen nach dem knapp ausgefallenen Mitgliederentscheid für die Rettungspolitik als euroskeptische Stimme wegfielen, wurden in der Union unter Angela Merkels Führung hergebrachte Positionen in der Familien- und Gesellschaftspolitik reihum aufgegeben (durch die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften, Einführung einer Frauenquote in Unternehmen oder das Eintreten für ein modernes Zuwanderungsrecht), die jetzt die AfD besetzt. Und drittens profitierte der Neuling davon, dass er ein bürgerlich-seriöses Auftreten pflegte und seine prominenten Überläufer ausnahmslos aus den Reihen von *Union* oder FDP stammten;

Auch von Politologen wurde die Partei zunächst als „rechtsliberal bzw. -konservativ“ und noch nicht als „rechtspopulistisch“ eingestuft.

Eine Schlüsselrolle kam Bernd Lucke zu, der sich trotz fehlender charismatischer Ausstrahlung zur treibenden Kraft der Parteigründung entwickelte und als führender Kopf der AfD in der Entstehungsphase zugleich ihr wichtigstes Aushängeschild war.

So gelang es der AfD, einen Großteil der restriktiven Bedingungen zu überwinden, die der Erfolglosigkeit des Rechtspopulismus bis dahin zugrunde gelegen hatten. Im europäischen Vergleich auffällig ist dabei insbesondere die fehlende Mobilisierungskraft des „Ausländerthemas“, dessen Politisierung mit Ausnahme der *Grünen* in der Bundesrepublik alle Parteien vermieden. Dies galt auch für die SPD, die ihre Zustimmung zur Einschränkung des Asylrechts Anfang der 1990er Jahre noch davon abhängig gemacht hatte, dass im Gegenzug ein modernes Einwanderungsgesetz geschaffen würde, worauf sie aber später nicht mehr zurückkam. Die kulturellen Anerkennungskonflikte, die die Integration der Zuwanderer auslöste, wurden deshalb nur diskret ausgetragen – sie sollten tunlichst unter der Decke gehalten werden. Begünstigend wirkte sich auch aus, dass die überwiegend aus der Türkei stammenden muslimischen Migranten in Deutschland weniger Probleme bei der Aufnahme bereiteten als etwa die maghrebischen Zuwanderer in Frankreich.

Die 1980er und 1990er Jahre als verlorene Jahrzehnte der Integration

Hauptverantwortlich für die Verweigerungshaltung, durch die die 1980er und 1990er Jahre zu verlorenen Jahrzehnten der Integration wurden, waren die Unionsparteien, denen es so freilich gelang, die rechte Flanke des Parteiensystems zuverlässig abzusichern. Die Arbeitsteilung der CDU mit der

bisweilen offen populistisch agierenden bayerischen Schwesterpartei CSU erwies sich dabei als ebenso hilfreich wie das Fortwirken nationalkonservativer Traditionen in einem starken rechten Flügel. In Ostdeutschland, wo das rechtspopulistische Potenzial trotz oder gerade wegen des geringen Ausländeranteils noch größer war – und weiterhin ist – als im Westen, wurde das Vordringen der rechten Herausforderer zudem durch die postkommunistische PDS gebremst, die sich den Wählern hier als eigentliche „Protestalternative“ empfahl.

Gab es nach der Spaltung der AfD im Sommer 2015 begründeten Anlass zu vermuten, dass auch deren Geschichte eine kurzzeitige Episode bleiben könnte, so öffnete sich den Rechtspopulisten mit der nur wenige Wochen später einsetzenden Flüchtlingskrise ein neues, noch größeres Gelegenheitsfenster. Die AfD avancierte jetzt zum Sprachrohr und Protestanker einer durch den unkontrollierten Zustrom von Migranten tief verunsicherten Bevölkerung. Die islamistischen Terroranschläge in Paris und Brüssel, die fehlende Aufnahmebereitschaft der europäischen Nachbarländer (insbesondere im Osten) und die Übergriffe überwiegend maghrebischer Zuwanderer auf Frauen am Silvesterabend in Köln spielten ihr dabei ebenso in die Hände wie der Streit innerhalb der Regierung über die „Asylpakete“ und die heftige Kritik von Teilen der Union am Kurs der eigenen Kanzlerin, die zu einem offenen Zerwürfnis zwischen den beiden Schwesterparteien CDU und CSU führten. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im März 2016 lag die AfD mit 15,1 beziehungsweise 12,6 Prozent erstmals auch im Westen zweistellig, in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern erreichte sie mit 24,2 beziehungsweise 20,8 Prozent die bisher besten Ergebnisse einer rechtspopulistischen oder -extremistischen Partei bei Landtagswahlen überhaupt.

Wie die Wahlanalysen zeigen, schöpfte die AfD in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz etwa ein Viertel, in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sogar fast ein Drittel ihrer Stimmen aus dem Lager der Nichtwähler. Damit war sie der Hauptprofiteur der durch das Flüchtlingsthema ausgelösten Politisierung, die die Wahlbeteiligung in allen vier Ländern um gut zehn Prozentpunkte nach oben trieb. Rechnet man die Abwanderungen von den vorhandenen Parteien hinzu, rekrutierte die AfD in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz etwas weniger, in Sachsen-Anhalt mehr als die Hälfte ihrer Stimmen aus dem linken Parteienspektrum. Derselbe Effekt hatte sich bereits bei den vorangegangenen Wahlen in Ostdeutschland (im Spätsommer 2014) gezeigt. Dass die Verortung der AfD im rechten politischen Spektrum ihrer Wählerstruktur nur bedingt entspricht, lässt sich an der überdurchschnittlichen Zustimmung von Arbeitern und Arbeitslosen ablesen. Unterhalb des Durchschnitts liegen ihre Wähleranteile bei den Beamten und Angestelltenberufen. Die übrigen Sozialmerkmale entsprechen weitgehend dem auch aus anderen europäischen Ländern geläufigen Muster der *Fortsetzung auf Seite 5*

„Demokratiewunder“?

Deutschland 1949 bis 2016

VON EDGAR WOLFRUM

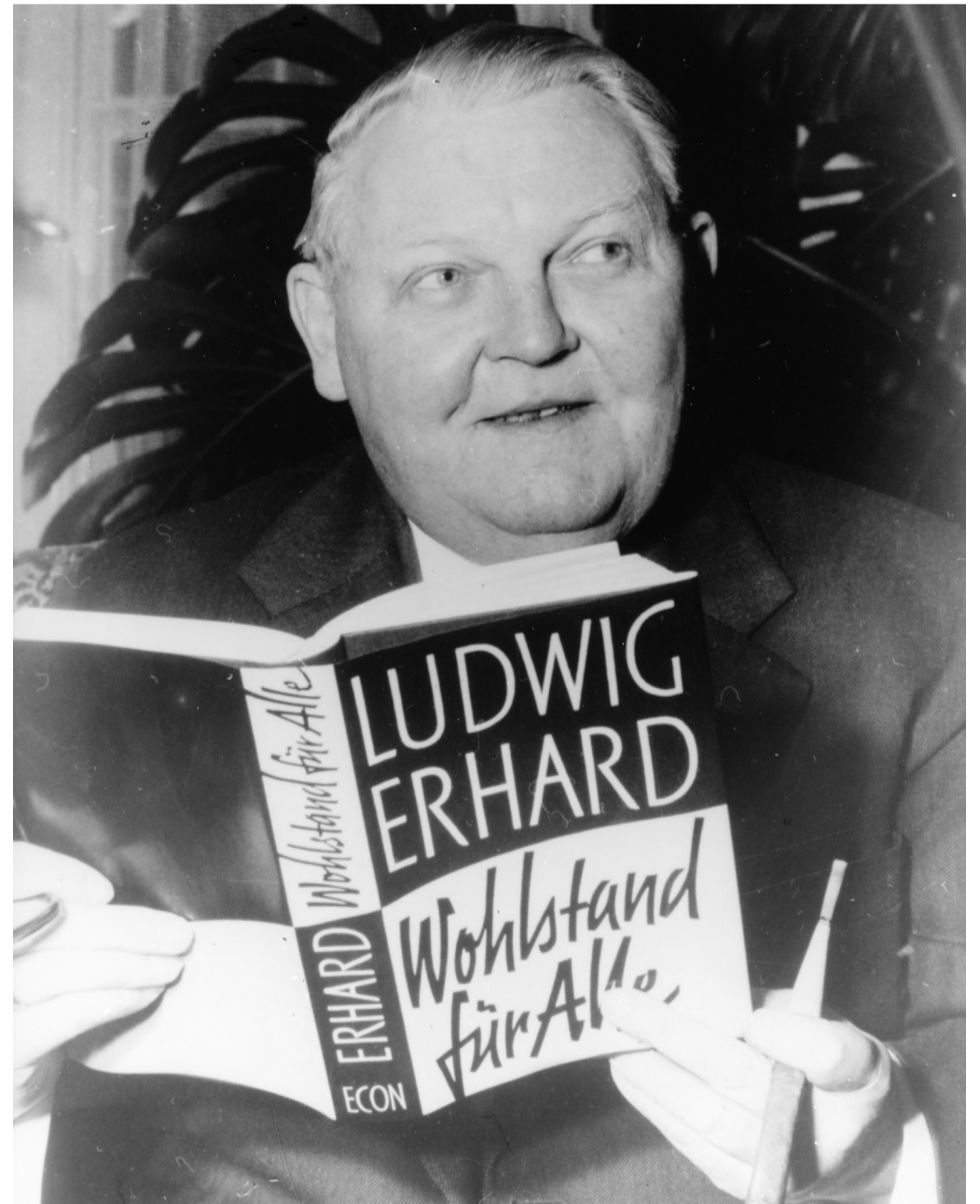
Führen wir uns Deutschland im Jahr 1945 vor Augen: NS-Verbrechenspolitik, Holocaust, Rassenkrieg; die größte Katastrophe der bisherigen Weltgeschichte. Sie wurde von den Deutschen verbissen bis zum Ende geführt. Totale Niederlage, besiegt, besetzt, geteilt. Deutschland – ein Paria der Weltgemeinschaft. Und heute, 2016? Trotz allem Ungemach gilt in erster Linie: Deutschland ist eine stabile Demokratie, geachtet in der internationalen Staatengemeinschaft. Man kann sagen: Die Deutschen von heute haben mit denen von 1945 kaum noch etwas gemeinsam; es liegen Welten dazwischen.

Mir geht es also um die enormen Wandlungsprozesse der Deutschen von 1945 bis heute – innerhalb von nur 70 Jahren, eine ganz kurze Zeit in der Weltgeschichte. Vor dem Hintergrund der gesamten deutschen Geschichte ist die Bundesrepublik ein Glücksfall. Welches sind die Maßstäbe? Wir haben im Grunde genommen nur zwei: erstens vergleichbare

von 1945 – alles andere als selbstverständlich. Er ist vielmehr außerordentlich erklärungsbedürftig und im Grunde so ungewöhnlich, dass er uns heute noch ins Staunen versetzen muss.

Die Katastrophe blieb aus – trotz widriger Vorzeichen

Das Deutschland im Westen entwickelte sich bis zur Wiedervereinigung zu einem zivilisierten Staat; seine Kennzeichen waren Friedfertigkeit, Postnationalismus, soziale Marktwirtschaft und das Recht. In dieser freiheitlichen Gesellschaft bildete sich etwas Wichtiges aus: eine Art Zivilisierungsprozess. Nicht, weil die Menschen anders, sondern weil die Strukturen anders waren, gestaltete sich dieser Prozess mächtiger als in der DDR. Der Kollaps des Kommunismus ermöglichte, dass sich diese Veränderungen auf Ostdeutschland auswirkten, ja in der Revolution von 1989 bildete sich hier eine eigene Zivilgesellschaft.



Wohlstand für Alle! In seinem 1957 erschienenen Buch legt der ehemalige Bundesminister für Wirtschaft Ludwig Erhard seine Vorstellungen zur Sozialen Marktwirtschaft dar.

westliche Länder, wie Frankreich oder England, und zweitens die bisherige Geschichte.

Liefert also die Geschichte der zweiten deutschen Demokratie den Stoff für ein Epos? Einem Drama gleicht sie glücklicherweise nicht: Im Unterschied zur Weimarer Republik kannte die Demokratie im Westen nach 1949 keine dramatischen Systemkrisen und keine bis auf die Knochen einschneidenden Zäsuren. Das Aufregende an der Geschichte der Bundesrepublik ist, dass die Katastrophe ausblieb und dass dieser Staat zu einer der stabilsten und angesehensten westlichen Demokratien geworden ist. Der Weg dorthin war – nach Nationalsozialismus, Zivilisationsbruch und Zäsur

Die Demokratie der Bundesrepublik erwies sich und erweist sich nach all den Katastrophen der deutschen Geschichte als ein hohes Gut. Die Bundesrepublik ist eine reformfähige Wohlstandsgesellschaft wie nur wenige in der Welt geworden. Auch in schwierigen Zeiten hat sie und haben die Deutschen nach innen wie nach außen die Balance gewahrt. Man kann vielen Schwächen zum Trotz alles in allem von einer „geglückten Demokratie“ sprechen.

Angesichts der Hypotheken des Dritten Reiches, der Kriegsfolgen des Zweiten Weltkrieges und der sozialen wie ökonomischen Probleme war die innere Situation des neuen Staates im Jahr 1949 sehr labil: *Fortsetzung auf Seite 6*

Fortsetzung von Seite 4 rechtspopulistischen Wählerschaft. Männer sind stark, jüngere Wähler leicht überrepräsentiert. Vergleichsweise geringen Zuspruch findet die AfD bei den über 60-Jährigen, die weiterhin die wichtigste Wählerbasis der Noch-Volksparteien Union und SPD darstellen. Nach Bildung und Einkommen gehören die AfD-Wähler eher zu den niedrigeren Statusgruppen, worin sie den Volksparteien wiederum ähneln. Statt der objektiven Schichtzugehörigkeit sind es hier vor allem Einstellungsmerkmale, die die Affinität zum Rechtspopulismus erklären.

Die Motivlagen der AfD-Wähler lassen sich vielleicht mit dem Begriffspaar „Unsicherheit“ und „Unbehagen“ am besten umschreiben. Unsicherheit bezieht sich dabei mehr auf die soziale Situation, also die Sorge vor Wohlstandsverlusten, während Unbehagen auf kulturelle Entfremdungsgefühle abzielt, den Verlust vertrauter Ordnungsvorstellungen und Bindungen. Beide Motive verbinden sich im Bedürfnis, die staatlichen Leistungen auf die eigene, einheimische Bevölkerung zu konzentrieren – die vermeintlich nicht-zugehörigen Zuwanderer sollen ausgeschlossen bleiben („Wohlfahrtschauvinismus“). Dass die Angst vor dem Fremden nicht dort am größten ist, wo die meisten Fremden leben, ist keine neue Erkenntnis, ebenso wenig die Verbreitung rechtsextremer Einstellungsmuster bis in die Mitte der Gesellschaft. Indem sie den Protest gegen die von allen übrigen Parteien (mit Ausnahme der CSU) im Grundsatz mitgetragene Flüchtlingspolitik anfacht, bringt die AfD diese latenten Überzeugungen an die politische Oberfläche. Gleichzeitig profitiert sie von nicht-extremistischen Überzeugungswählern aus dem bürgerlich-konservativen Bereich, die sich von der nach links gerückten CDU nicht mehr vertreten fühlen.

Letzteres bedeutet, dass den Rechtspopulisten auch nach Abebben der durch die Flüchtlingskrise hochgeschwappeten Protestwelle genügend thematische Gelegenheiten verbleiben werden. Vergewärtigt man sich die immensen Herausforderungen und den Veränderungsdruck, mit denen die deutsche Gesellschaft in den kommenden Jahren und Jahrzehnten konfrontiert sein wird, wäre es verwunderlich, wenn eine migrationskritische Partei wie die AfD daraus keinen Nutzen zöge. Dies gilt zumal, als diese mit ihrer Forderung nach einer „Abwicklung“ des Euro ein Alleinstellungsmerkmal im politischen Wettbewerb behält und sie mit ihren konservativen Positionen in der Gesellschaftspolitik weitere Leerstellen im Parteiensystem füllen kann, die sich durch die nachlassende Integrationsfähigkeit der Unionsparteien nach rechts aufgetan haben.

Probleme drohen der AfD hauptsächlich von innen. Sie lassen sich an folgenden Punkten festmachen:

Programmatischer Richtungsstreit. Die Abspaltung der *Allianz für Fortschritt und Aufbruch* hat die Gewichte innerhalb der Partei zwar in Richtung der national-konservativen und dezidiert rechtspopulistisch agierenden Kräfte verschoben. Wirtschaftsliberale Positionen bleiben aber gerade in den westdeutschen Landesverbänden nach wie vor stark präsent. Auf der Bundesebene werden sie vor allem von Petrys Ko-Vorsitzenden Jörg Meuthen vertreten, dessen Einfluss in der Partei durch das gute Abschneiden seines eigenen Landesverbandes bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg gestiegen ist. Das auf dem Stuttgarter Parteitag Ende April 2016 verabschiedete

Parteiprogramm wartet mit einer Reihe von marktliberalen Forderungen auf (Auflösung der Bundesagentur für Arbeit, Stufenmodell der Einkommensteuer, Wiederherstellung des Bank- und Steuergeheimnisses), die an die 2013 beschlossenen Leitsätze anschließen. Sie stoßen bei den Nationalkonservativen um Alexander Gauland auf Vorbehalte, die die AfD lieber auf einen sozialpopulistischen Kurs verpflichten und aus ihr die „Partei der kleinen Leute“ machen würden, die sie ausweislich ihrer Wählerstruktur heute größtenteils schon ist. Setzt sich diese von den Landesverbänden im Osten favorisierte Linie durch, entspräche das dem inhaltlichen Profil der meisten rechtspopulistischen Parteien in West- und Mitteleuropa.

Mit der Radikalisierung hat die AfD ihre Sogwirkung im rechtsextremen Lager nochmals erhöht. Das gilt nicht nur, aber besonders für Ostdeutschland, wo Teile der Partei offen rassistische und demokratiefeindliche Positionen vertreten.

Erosion der Abgrenzung nach ganz rechts außen. Mit der Radikalisierung hat die AfD ihre Sogwirkung im rechtsextremen Lager nochmals erhöht. Das gilt nicht nur, aber besonders für Ostdeutschland, wo Teile der Partei offen rassistische und demokratiefeindliche Positionen vertreten. Wie schwierig es geworden ist, innerhalb der AfD klare Trennlinien zum Rechtsextremismus zu ziehen, zeigt der Umgang mit dem Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke, dessen vom Bundesvorstand im Mai 2015 eingeleitetes Ausschlussverfahren nach der Abwahl Bernd Luckes eingestellt wurde. Höcke, der Kontakte zum NPD-Umfeld der *Neuen Rechten* und *Identitären Bewegung* pflegt, ist mit seinen radikalen Ansichten nicht nur den liberalen Kräften um Meuthen ein Dorn im Auge, sondern auch vielen national-konservativen Vertretern, die sich um die Reputation der Partei im bürgerlichen Lager sorgen. Bleiben die künftigen Wahlergebnisse der AfD hinter den Erwartungen zurück, was nach einem Abflauen der Proteststimmung gegen die Flüchtlingspolitik leicht der Fall sein kann, dürfte die Auseinandersetzung zwischen den Gemäßigten und Radikalen an Schärfe zunehmen.

Personelle Konflikte. Zusätzlich belastet wird das Erscheinungsbild der AfD durch personelle Konflikte und Machtkämpfe. Diese ergeben sich einerseits zwangsläufig aus der Zusammensetzung der Parlamentsfraktionen, deren Mitglieder mangels Erfahrung und Professionalität für die politische Arbeit fast ausnahmslos schlecht gerüstet sind. Aus- und Übertritte von Mandatsträgern und Parteimitgliedern sind damit programmiert. Hinzu kommen die der Partei gesetzlich auferlegten Anforderungen an einen demokratischen Organisationsaufbau, die Mitwirkungsansprüche an der Basis generiert und der Führung das Leben immer wieder schwer macht. Andererseits resultieren die Probleme aus dem mangelnden Teamgeist an der Parteispitze. Hier steht die als Hoffnungsträgerin gestartete Frauke Petry wegen ihres zu Alleingängen und unabgestimmten, nicht selten auch unbedachten Äußerungen neigenden Führungsstils parteiintern schon länger in der Kritik. Dabei wäre sie, die weder dem gemäßigten noch dem radikalen Flügel angehört, für die Rolle einer Integrationsfigur und Brückenbauerin in der AfD eigentlich prädestiniert.

Frank Decker ist Professor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn

Fortsetzung von Seite 5 In Westdeutschland lebten 1949 rund 50 Millionen Menschen, so viele wie noch niemals zuvor, darunter etwa 8 Mio. Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, deren Zahl Tag für Tag weiter anwuchs, bald sollten es 12 Millionen sein. Heimkehrer und Kriegsgefangene kamen in ein nach wie vor zerstörtes Land zurück, in dem die alliierten Demontagen fort dauerten. Entwurzelung, Elend und Not, Wohnungsmangel und Pauperisierung bedeuteten die Erfahrungen der Zeit; im Februar 1950 belief sich die beträchtliche Arbeitslosigkeit auf über 10%, mit steigender Tendenz. Territorial war die Bundesrepublik eine Neugründung – dies hatte erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und konfessionellen Strukturen. Niemals war ein deutscher Staat so homogen: Es gab kein Zentrum, also auch keine Peripherie.

Auf dem Gebiet der Sozialkultur und der politischen Kultur waren die Probleme nicht geringer: Man schätzt, dass bei Kriegsende 6,5 Mio. Deutsche Mitglieder der NSDAP waren – was hatte die junge bundesdeutsche Demokratie von ihnen zu erwarten? Ältere Mentalitäten und Leitbilder prallten auf notwendige Neuorientierungen – welche Folgen ergaben sich daraus? Die parlamentarische Demokratie mit ihren Institutionen, Organisationsstrukturen und Verfahrensregeln war zwar in den vier zurückliegenden Besatzungsjahren 1945 bis 1949 halbwegs eingeübt worden, sie musste sich nach den zwölf Jahren NS-Diktatur aber erst bewähren.

Welche Elemente gaben den Ausschlag für einen Erfolg der Bundesrepublik Deutschland? Welche Konstellationen, Entscheidungen und Konflikte wirkten sich letztlich stabilisierend auf die Republik aus? Es bestand noch lange Zeit die Gefahr, dass die junge Demokratie an innenpolitischen, vor allem aber deutschland- und außenpolitischen Klippen zerschellte. Denn alle genannten Bereiche wurden durch den Ost-West-Konflikt, die Teilung Europas und die Spaltung der deutschen Nation überwölbt. Wie würde sich die Frontstellung der Bundesrepublik im Kalten Krieg auswirken und wie die tagtägliche Anschauung der totalitären Politik der DDR und der in den Weltkonflikt eingebundene deutsch-deutsche Systemkonflikt? Für beide Geschöpfe des Kalten Krieges, für die Bundesrepublik wie für die DDR, bildete der Nationalsozialismus den jeweils akzentuierten Kontrastbezug zur Legitimierung der neuen Ordnung. Dabei ging es zwischen beiden immer auch um einen Wettbewerb der politischen und sozialen Ordnungen und um den Anspruch, die gesamtdeutsche Nation zu repräsentieren, den beide vertraten.

Zwar verfügte die Bundesrepublik mit dem Grundgesetz, das durch die Katastrophenerfahrung des Nationalsozialismus geprägt und in dem Weimar als negative Folie immer gegenwärtig war, eine Grundrüstung beim Eintritt in die Demokratie – doch musste diese erst mit Leben gefüllt werden und sich in der Praxis bewähren.

Die formative Phase oder die Stabilisierung der Bundesrepublik

Im Gründungsjahrzehnt, in den Jahren von 1949 bis 1959 – der formativen Phase – entschied sich somit Erfolg oder Misserfolg der zweiten parlamentarischen Demokratie in Deutschland. In nur einer Dekade war die Weimarer



Alle haben ihr Päckchen zu tragen. Italienische Gastarbeiter am Wolfsburger Bahnhof. Für Urlaubsfahrten wurden Sonderzüge nach Italien bereitgestellt.
Foto: Fritz Rust

Republik gescheitert. Würde Bonn auch Weimar werden? Lassen Sie mich die wichtigsten Elemente für eine Stabilisierung der Bundesrepublik nennen: Eine funktionale und dadurch, das muss betont werden, auch skandalöse Politik mit Blick auf die NS-Funktionselemente und den Umgang mit deren Vergangenheit. Diese Eliten wurden weniger bestraft als vielmehr in den neuen Staat integriert. Dann: Man stand auf der richtigen Seite des Kalten Krieges; auf Kosten Ostdeutschlands profitierten die Westdeutschen vom Ost-West-Konflikt. Wichtig war: Die Sozialpolitik erwies sich als Konsensstifterin; Lastenausgleich, Rentenreform usw. Ebenso wichtig: Die Parteienvielfalt wurde eingedampft. Die CDU sog wie ein Staubsauger viele kleinere konservative Parteien auf. Rechts- und linksextreme Parteien wurden verboten. Das Drei-Parteien-System stabilisierte die junge Demokratie enorm. Man kann sagen: Die Gunst der Stunde und die Regierungskunst, beides machte das Glück der jungen Demokratie aus.

Eine Gesellschaft im Aufbruch

Nach dieser Stabilisierung erlebte die Bundesrepublik mit dem Beginn der 1960er Jahre eine neue, eine ungeahnte Dynamik. Die politische Orientierung in der westlichen Welt und in (West-)Europa war in Bewegung geraten, und diese gesamtwestlichen Entwicklungen erreichten auch die Bundesrepublik. Dem Jahrzehnt des Wiederaufbaus schloss sich eine Epoche an, die fast wie ein kleines „Goldenes Zeitalter“ erscheint. Mit bisher nicht gekannter Dynamik ergänzten sich unterschiedliche Modernisierungstendenzen, deren Auswirkungen und Folgen unsere Gegenwart nach wie vor zu einem großen Teil prägen. Diese Entwicklung, diese Pluralisierung, konnte, und das war ihre Voraussetzung, auf der Stabilität der 50er Jahre aufbauen, darauf, dass die Institutionen sicher und funktionsfähig waren. Nun gewannen – häufig als Konsequenz innenpolitischer Konflikte, Affären, neuer Erfahrungen und deren Verarbeitung – politische und gesellschaftliche Liberalisierungstendenzen in der Bundesrepublik an Gewicht. Innere Demokratisierung, der Wandel überkommener Wertorientierungen, Lebensstile und Mentalitäten im Generationenwechsel und -konflikt, eine Gesellschaft, die lernte, aber auch neue Fehler beging; All diese Aspekte bündeln sich in dem vielzitierten Wort einer „Gesellschaft im Aufbruch“.

Der Veränderungswille ging mit einem nicht zu leugnenden Reformdruck einher. Dieser Druck ergab sich aus verschiedenen Dimensionen, Stichworte müssen genügen: dem Babyboom und der Bildungsexpansion; der Anwerbung von Gastarbeitern; den ökonomischen Wachstumsstörungen; der Notstandsgesetzgebung, der Außerparlamentarischen Opposition und der 68er-Bewegung; der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit.

So wird die Kernphase der Liberalisierung und der Reformen von den Jahren zwischen 1960 und 1973 umgrenzt. Die Euphorie mündete ab 1974 in ein neues Krisenbewusstsein, das seitdem das Klima der Republik bestimmte und die Gesellschaft verunsicherte. Man sprach von der „verunsicherten Republik“.

Bis zu diesem Einschnitt jedoch hatte sich vieles verändert: in der Politik und den Strukturen von Parteien, Kirchen und Verbänden, in Kultur und Öffentlichkeit, in der Gesellschaft, in den Werten, Einstellungen und Mentalitäten, schließlich im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Allerdings zeigte sich schnell das Janusgesicht von Modernisierung und Fortschritt: Es gab nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer auf diesem Weg. Vieles wurde ruiniert, dessen Wert man erst erkannte, als es vielfach unwiederbringlich verloren war. Umweltzerstörungen sind das eklatanteste Beispiel dafür, zu denken ist aber etwa auch an den Verlust ländlicher Lebensformen. Jenseits einer falschen Nostalgie müssen somit die vielfältigen Modernisierungsprozesse aus einer doppelten Perspektive betrachtet werden. Zu fragen ist, welche alten Krisen sie beendeten, aber ebenso, welche neuen Krisenherde sie vielleicht erst entfachten.

Auf dem Feld der Außen- und Deutschlandpolitik fallen die Veränderungen zwischen 1960 und 1973 besonders stark ins Auge. Die Neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition unter dem Bundeskanzler Willy Brandt seit 1969 war ebenso heftig umstritten wie Konrad Adenauers Westpolitik zu Beginn der 50er Jahre. Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn und Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit bei gleichzeitiger Wahrung der Einheit der Nation – dieses politische Ziel trieb nicht nur leidenschaftliche politische Kontroversen an, sondern brachte auch neue Identitätsdebatten hervor.

Vom jähen Ende des Booms

Der Ölpreisschock Ende des Jahres 1973 veränderte überall im Westen das politische, ökonomische und allgemeine gesellschaftliche Klima. In sämtlichen Industriestaaten ging angesichts der bis dahin größten Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg dem zum Teil sehr ehrgeizigen Reformvorhaben das Geld aus. Das „Goldene Zeitalter“ war zu Ende. Niemals zuvor in der Weltgeschichte hatte es einen solchen außerordentlichen wirtschaftlichen Boom gegeben, der zu Vollbeschäftigung und vollen Kassen geführt hatte. Und der die Deutschen mit der Demokratie auslöste. Das war in Weimar ganz anders gewesen. Aber denn tauchten Mitte der 1970er Jahre neue, bisher ungeahnte Probleme auf. Da die Reformpolitik in der Bundesrepublik im Wesentlichen über die Steigerung des Preises der Ware Arbeitskraft finanziert wurde, trug sie zur Verschärfung der aufkommenden strukturellen Massenarbeitslosigkeit bei. Insofern hat sie ihre Prämisse – die Vollbeschäftigung als Vorbedingung für die wohlfahrtsstaatliche Politik zu wahren – selbst zerstört. Dass daraus gravierende Folgeprobleme resultierten, liegt auf der Hand.



Das Große Krabbeln. VW-Käfer auf dem Werksparkplatz.
Foto: Willi Luther

Die Zäsur war einschneidend: Es entwickelte sich ein Bewusstsein für die Grenzen des Wachstums, ein banges Gefühl, dass die optimistischen Zukunftserwartungen zerbröseln könnten. „Ende der Fahnenstange“ und „Erschöpfung der Ressourcen“ stiegen zu Schlagworten des Jahrzehnts auf. Die bereits angeschlagene Weltwirtschaft geriet in die tiefste Rezession der Nachkriegszeit. Europa schien zunächst ins Hintertreffen zu gelangen, das Wort von der „Eurosklerosis“, einer europäischen Lähmung, machte die Runde, während die „Tigerstaaten“ in Asien, etwa Singapur, offenbar zum Sprung ansetzten. Doch seit Mitte der 80er Jahre wendete sich das Blatt. Ein neuer europäischer Schwung basierte auf dem Projekt des europäischen Binnenmarkts.

Angesichts der ersten und der zweiten Ölpreiskrise, die nach der islamischen Revolution im Iran 1979 ausgelöst wurde, angesichts von Rezession und Arbeitslosigkeit sowie der Bedrohung durch den mörderischen Links-Terrorismus der Roten Armee Fraktion (RAF) standen seit dem Rücktritt Willy Brandts als Bundeskanzler im Frühjahr 1974 nicht mehr Utopien und langfristige Zielvorgaben im Zentrum bundesdeutscher Politik, sondern Pragmatismus und Krisenmanagement. Statt Ausbau des Sozialstaats gab es nun Einschränkungen und Kürzungen. Eine Austeritätsepoche brach an, überall in *Fortsetzung auf Seite 7*

Fortsetzung von Seite 6 den westlichen Industriegesellschaften: *Thatcherismus* – benannt nach der konservativen englischen Premierministerin Margret Thatcher – und *Reagonomics* – benannt nach dem republikanischen Präsidenten der USA Ronald Reagan – lauteten die neuen, neoliberalen Zauberformeln. Sie fanden jedoch in der Bundesrepublik nur gemäßigte Nachahmung.

Die Sowjets marschierten Ende 1979 in Afghanistan ein, und über Polen, wo sich ausgehend von der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* eine mächtige Bürgerrechtsbewegung gegen das kommunistische Regime regte, wurde 1981 das Kriegsrecht verhängt. Zudem wurde bekannt, dass die UdSSR seit 1977 SS20-Raketen stationierte. In Europa sprach man von einem „zweiten Kalten Krieg“. Der Westen ergriff im NATO-Doppelbeschluss, der vor allem die Bundesrepublik betraf, Gegenmaßnahmen.

Seit der Mitte der 1970er Jahre machte sich eine gesellschaftliche, auch kulturelle „Tendenzwende“ in Deutschland deutlich bemerkbar. Aufgrund der allgemeinen Verunsicherung setzten neue gesellschaftliche Suchbewegungen ein. Sie betrafen Fragen nach der Zukunft des Sozialstaats ebenso wie Fragen nach Sinn, Identität und Lebensqualität in einer sich rasch verändernden, risikoreichen Zeit. Neue soziale Bewegungen erhielten Zulauf. Besonders die Ökologiebewegung wuchs angesichts internationaler Umweltkatastrophen mächtig an, aber auch die Frauenbewegung und Anfang der 80er Jahre dann die Friedensbewegung. Ganz allgemein entfalteten unzählige Bürgerinitiativen ihre Aktivitäten. Die bestehenden politischen Institutionen der Bundesrepublik erwiesen sich nach wie vor als stabil – sie waren viel gefestigter als in den anderen westlichen Industriestaaten –, doch verloren sie an exklusiver Bindungskraft.



Plakat des damaligen Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (1989).
Foto: Haus der Geschichte, Bonn

Stürmische Veränderungen im Weltmaßstab erfassten die Gesellschaft und die Sozialkultur. Mikroelektronik, Massenkommunikationsmittel, Medialisierung vieler Lebensbereiche, dann die Gentechnik und die Biotechnologie führten zu neuen Stufen der industriellen Revolution. Hinzu trat ein weiterer „Megatrend“: Anhaltende soziale Differenzierungen und demographische Entwicklungen – berufliche Mobilität, Einwanderung, Verlängerung des Lebensalters, Rückgang der Geburtenraten – brachten gewachsene Sozialstrukturen in Bewegung.

Nach 1989

Die weltpolitische Zäsur von 1989 erwies sich als so tief wie die von 1789. Innerhalb weniger Monate verschwanden kommunistische Diktaturen vom Erdboden, scheinbar unerschütterliche Machtstrukturen fielen in sich zusammen wie



Nach der Wiedervereinigung erhielten Besucher aus der DDR viele Vergünstigungen. Unter anderem Kostenerlass zur Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel oder für Vorstellungen im IMPERIAL-Kino.
Foto: Manfred Hensel

morsches Gebälk. Aber die Geschichte war nicht an ihr Ende gelangt. Es brach auch kein „Goldenes Zeitalter“ des ewigen Friedens und der Glückseligkeit an. Allein im Jahr 1992 zählte man in der Welt 52 Kriege. Neben Japan war Deutschland das einzige große westliche Industrieland, das 50 Jahre in ununterbrochenem Frieden gelebt hat; man nahm kaum noch wahr, dass es existentielle Bedrohungen gab, dass Kriege ausbrechen könnten, die auch Deutschland betrafen.

Seit dem Terroranschlag auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 ist nichts mehr so, wie es zuvor war. Der Feind heißt: internationaler Terrorismus. Doch die Gestalt des Feindes bleibt schemenhaft; auch territorial kann er nicht immer genau definiert werden. Die Außenpolitik der rot-grünen Bundesregierung zwischen 1998 und 2005 bedeutete eine tiefe Zäsur: Deutschland beteiligt sich heute ganz selbstverständlich im Konzert der Staaten und Mächte, nach Maßgabe seiner eigenen Interessen und seiner Geschichte. Ob dabei zum Beispiel Auschwitz für oder gegen einen Krieg spricht, ist – wie im Falle Kosovos – jeweils zu diskutieren. Aus „Nie wieder Krieg“ wurde bei Joschka Fischer bekanntlich „Nie wieder Auschwitz“. Man durfte also Krieg führen, um Schlimmeres zu verhüten. Kurzum: Die Vergangenheit spielt seither eine Rolle, ist aber keine Festlegung mehr. Das ist ein Teil der erneuerten deutschen Identität, wie sie sich unter Rot-Grün entwickelt hat und bis heute andauert.

Ist Deutschland nach einer Zwischenepoche der Teilung von 1945 bis 1990 wieder auf seinen „normalen“ historischen Pfad zurückgekehrt? So wird man das nicht sagen können. Zweifellos zog die alte Bundesrepublik bis 1989 Nutzen aus der Teilung der Nation; ihren Erfolg verdankte sie auch den Sonderbedingungen des Kalten Krieges und sie profitierte von einer in der deutschen Geschichte nie da gewesenen sozialen Homogenität, politischen Verständigung und kulturellen Balance. Das galt etwa für die Struktur des Parteiensystems, in dem eine radikale Linke fehlte; das galt für den marktwirtschaftlichen Aufbau, der ohne das Gegenmodell der DDR

kaum denkbar gewesen wäre; das trifft allgemein für die Regierungspolitik, aber auch für ökonomische Bedingungen zu. Ohne die Teilung wären Unternehmen wie Siemens oder Auto-Union und viele andere nie aus Berlin oder Zwickau nach Süddeutschland ausgewandert, und Bayern hätte mehr Mühe gehabt, sich vom Agrarland zum Hochtechnologieland zu entwickeln.

Nach der Wiedervereinigung von 1990 ist die Bundesrepublik in vielerlei Hinsicht heterogener geworden. Dies betrifft die größere soziale Heterogenität, aber auch die politische Heterogenität in Form des erweiterten Parteiensystems mit neuen Koalitionsmöglichkeiten, schließlich die nachlassende Bindung an bestimmte Parteien. Aber die Bundesrepublik seit 1990, das muss man sagen, gewinnt insgesamt keineswegs mehr Ähnlichkeiten mit den Gesellschaften des Deutschen Kaiserreichs oder der Weimarer Republik, die von scharfen Bruchlinien und unversöhnlichen Konflikten durchzogen waren, dafür ist die Prägekraft des Bonner Modells insgesamt zu stark.

Doch die neue Bundesrepublik hat sich den anderen großen westeuropäischen Demokratien, Frankreich und Italien, angeglichen, die im Inneren weniger gleichförmig und ausbalanciert strukturiert sind. Im Vergleich mit diesen hat die heutige Bundesrepublik jene Anomalie verloren, die die Bonner Republik noch besaß. Diese Annäherung an die „Normalität“ anderer demokratisch gefestigten Länder ist im Grundsatz keineswegs bedenklich, sie ist nur neu.

Die Bundesrepublik im kontinuierlichen Wandel

Wer bestehen will, darf sich einem Wandel nicht verschließen, Tradition ohne Reform verkommt schnell zu einem verwalteten Irrtum. Die deutsche Demokratie hat sich seit 1949 immer gewandelt, mal allmählich und still, mal rasch und ungestüm. Bei ihrer Gründung 1949 war nicht klar, wie sich dieser „künstliche Homunkulus“ Bundesrepublik entwickeln würde, ob er überhaupt eine Lebenschance hatte. In den 60er Jahren hielten manche die Bundesrepublik bereits für

hyperstabil und starr; die provokative Frage von Karl Jaspers *Wohin treibt die Bundesrepublik?* zwang zur öffentlichen Auseinandersetzung. In den 70er Jahren war es die breite Debatte um den deutschen „Identitätsverlust“ und die Bedrohungen durch Terrorismus und Weltwirtschaftskrisen, die die Republik verunsicherten. In den 80er Jahren tauchte das Menetekel der atomaren Vernichtung und der globalen Umweltkatastrophen auf und führte den Deutschen die *Risikogesellschaft* grell vor Augen.

Kulturpessimistische Untergangsvisionen hatten in Deutschland seit Oswald Spenglers in den 1920er Jahren Furore machenden Buches *Der Untergang des Abendlandes* immer Konjunktur. Dies hängt damit zusammen, dass in Deutschland die jüngeren Staatsgebilde nur von kurzer Dauer waren, dass die „Untergangshäufigkeit“ deutscher Staaten beispiellos in der Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts ist und diese Ängste zur deutschen Psyche gehören. Innerhalb eines Jahrhunderts sind vier deutsche Staaten untergegangen: das Kaiserreich, die Weimarer Republik, das „Dritte Reich“ und die DDR. Nur die Bundesrepublik hat, wenn auch verändert, bis heute überdauert.

Historiker tun gut daran, mit Prognosen vorsichtig zu sein. Wer glaubt, zu wissen, wie sich der Lauf der Dinge entwickeln wird, bereitet schon den nächsten Irrtum vor. Aber wenn man sich Deutschland im Jahr 1945 vor Augen führt – ein Paria in der Weltgemeinschaft aufgrund der nationalsozialistischen Verbrechenpolitik – und wenn man bedenkt, dass das Land eine vierzigjährige Teilung überstanden hat, dann nehmen sich die heutigen Probleme nicht mehr ganz so gewaltig aus. Im Grunde sind es zwei wesentliche Dinge, die man aus der jüngsten deutschen Geschichte lernen kann: Erstens: Deutschland und Europa dürfen nicht in einen Gegensatz geraten und zweitens: Die Demokratie kann nur bestehen, wenn sie eine „wehrhafte Demokratie“ ist und ihre Feinde bekämpft.

Edgar Wolfrum ist Professor für Zeitgeschichte am Historischen Seminar der Universität Heidelberg



Der Schillerteich um ca. 1938. Foto: Walter Naucke



Wolfsburg. Bootsstation am Schillerteich

Bootsverleih am Schillerteich 1957. Foto: Niedermeier



Kinder im „Freibad Schillerteich“



Winter am Schillerteich I. Foto: Klaus Gottschick



Winter am Schillerteich II. Foto: Klaus Gottschick



Die Schillermühle, ca. 1928. Foto: Walter Naucke



Fischmeister Otto Krocke. Foto: Klaus Gottschick

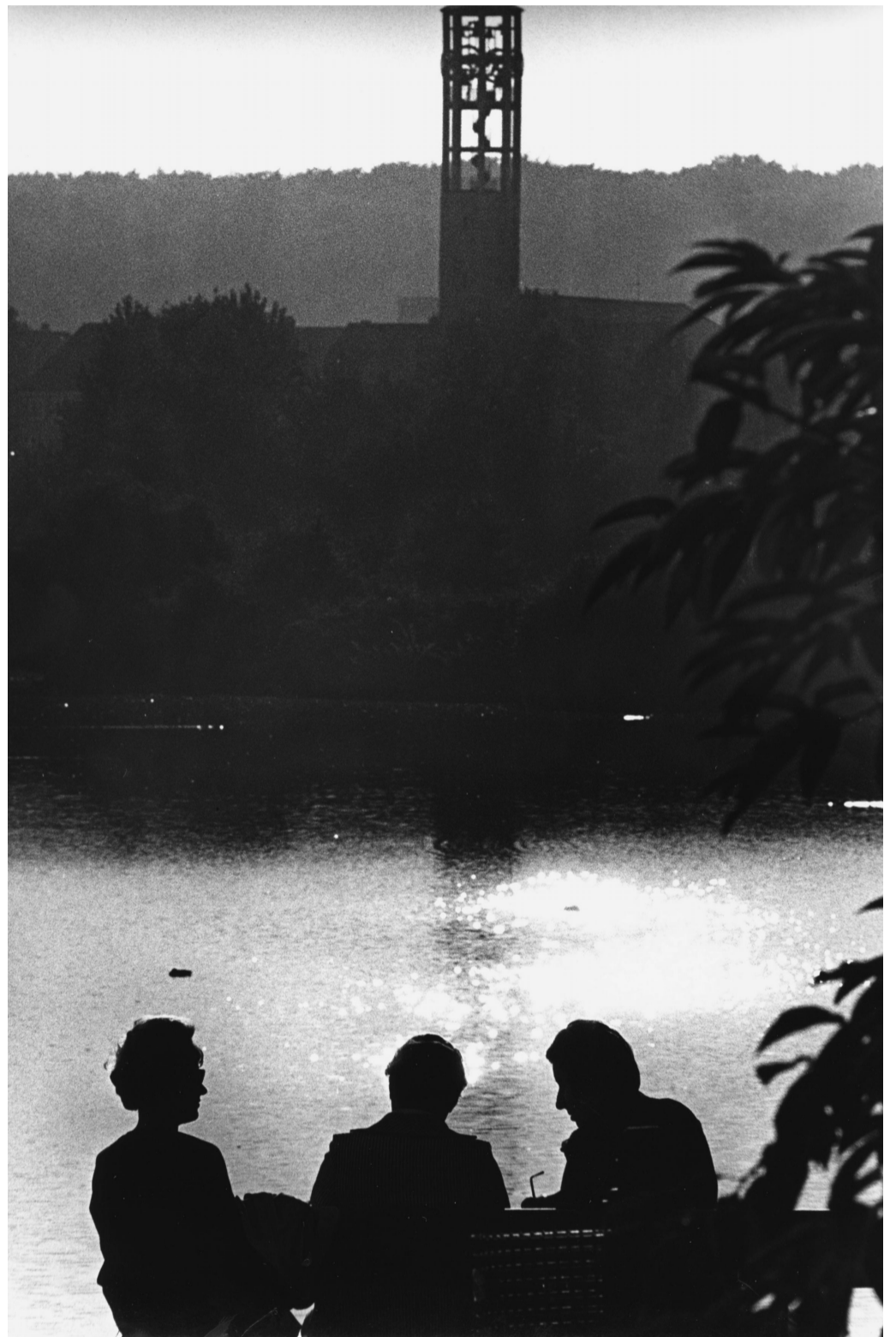
Der Große Schillerteich

VON WERNER STRAUß

Nahe zur Innenstadt gelegen, hat der Schillerteich heutzutage eine Funktion als Naherholungsraum und wichtiges Regenrückhaltebecken der Stadt. Schon im Jahre 1595 werden in einem Teilungsvertrag der Herren von Bartensleben neben vielen anderen Teichen auch der Große und der Kleine Schillerteich erwähnt. Im Folgenden wird wegen seiner Bedeutung nur auf den Großen Schillerteich eingegangen. Schon in der Frühen Neuzeit erfüllte der Schillerteich wirtschaftliche Funktionen unter anderem als Standort für die Schillermühle. Bereits 1630 bestand das Mühlenwerk der Schillermühle aus zwei Windmühlen und einer Wassermühle mit zwei Wasserrädern. Ein Rad trieb den Mahlgang, das weitere Rat den Schrotgang an. Im Zeichen der Erfindung der Dampfkraft wurde im Jahre 1863 eine Dampfkraftanlage eingebaut, die die Mehlgewinnung effizienter und produktiver gestaltete. Man produzierte das Mehl „Allerkrone“, das in Bäckereien der Region viele Abnehmer fand. Im Rahmen des Fischzuchtbetriebes des Rittergutes Wolfsburg war die Nutzung des Schillerteiches über viele Jahrzehnte eine wichtige Säule. So konnten in den 1930er Jahren pro Jahr 30 Zentner Karpfen von Fischermeister Otto Krocke mit seinen Gehilfen abgefischt werden. Diese Tradition der Fischzucht wird in der heutigen Zeit vom Sportfischerverein Wolfsburg aufrecht gehalten, der an dieser Stelle vorzugsweise Karpfen züchtet und angelt. Aus Gründen der Verbesserung der Fischhaltung und der Erhaltung der Biotopfähigkeit des Gewässers

hat die Stadt Wolfsburg in den Jahren 1998 bis 2000 mit Kosten von 2,2 Millionen DM die Entschlammung des Teiches durchgeführt. Zur Erholungsfunktion des Schillerteiches ist auch die Nutzung als Freibadeanstalt zu zählen. Bereits in den Gründerjahren der Stadt Wolfsburg erfreuten sich Jugendliche und Erwachsene an den Bademöglichkeiten im Teich. Im Jahre 1948 erfolgte unter schwierigem Materialeinsatz der Bau eines Strandbades am Ufer des Schillerteiches. Mit der Inbetriebnahme des VW-Bades an den drei Steinen im Jahre 1951 verlor dieses Strandbad jedoch schnell an Bedeutung. Nicht unerwähnt bleiben sollte die Nutzung des Schillerteiches von Paddlern, die einen Bootssteg als Anleger besaßen. Im Winter diente der Teich im zugefrorenen Zustand für Alt und Jung als Eislauffläche.

Ende der 1960er Jahre geriet das Areal am Schillerteich in den Blick der Stadtplanung. Nach einer entsprechenden Ratsentscheidung und der Aufstellung eines Bebauungsplanes wurde an dieser exponierten Stelle mit Hilfe eines Investors der Bau des Schillerteichcenters zugelassen. Dies führte zur Stilllegung und 1971 zum Abriss der Schillermühle. 1972 erfolgte durch Oberbürgermeister Hugo Bork die Grundsteinlegung für das Schillerteichcenter mit über 160 Wohnungen als erstem Bauabschnitt. In Folge veränderter Perspektiven der weiteren Stadtplanung und auf Grund von deutlichen Bürgerprotesten sind weitere Hochhäuser, die den ersten Trakt flankieren sollten, nicht realisiert worden.



Sonnenuntergang am Schillerteich. Foto: Klaus Gottschick



Planung „Schillerteich-Center“. Foto: Renate Reichelt/IZS



„Schillerteich-Center“. Foto: Renate Reichelt/IZS

Industriestädte nicht über einen Kamm scheren

Jörn Eiben im Interview

Alexander Kraus: Nach welchen Kriterien hast du die Industriestädte ausgesucht, die du in deinem aktuellen Forschungsprojekt „Wohlstandsinseln, ‚Notstandsgebiete‘? Die Industriestädte Wolfsburg und Wilhelmshaven unter den Vorzeichen von Krisen und Transformationen“ in den Blick nimmst? Immerhin war zum Zeitpunkt der Formulierung des Projektantrags an die aktuelle Krise in Wolfsburg noch nicht zu denken.

Jörn Eiben: Mit dem Verweis auf die aktuelle Krise machst du auf etwas sehr Wichtiges aufmerksam. Auch wenn gegenwärtig viel über Dienstleistungs- oder Wissensgesellschaft und entsprechende Stadttypen gesprochen wird: Es gibt sie noch, die Industriestädte. Städte wie Wolfsburg, die Ort industrieller Produktion und extrem auf das Wohl und Wehe eines Industrieunternehmens angewiesen sind – und waren. Zwar war bei der Konzeption des Projektes an die aktuelle Krise noch nicht zu denken, doch hatte es – und damit setze ich mich ja in meinem Beruf überwiegend auseinander – in der Vergangenheit durchaus einige Krisen gegeben. Das bloße Vorhandensein von Krisen war indes kein hinreichendes Kriterium für die Wahl von Wolfsburg und Wilhelmshaven. Entscheidender war und ist die Vergleichbarkeit, die sich vorrangig auf vier Charakteristika der Städte stützt. Wolfsburg und Wilhelmshaven sind Stadtneugründungen, was die Frage danach aufwirft, ob und wenn ja welche Krisenverläufe in den infra- und wirtschaftsstrukturellen Gegebenheiten bereits angelegt waren.

Des Weiteren sind beide Städte von ähnlicher Größe. Es sind kleine Großstädte oder große Mittelstädte, was sie zugleich hinreichend komplex und übersichtlich macht. Eine weitere Gemeinsamkeit bildet das Umland, welches bei beiden Städten wirtschaftlich relativ schwach strukturiert ist. Weder Wolfsburg als Stadt im Zonenrandgebiet noch Wilhelmshaven inmitten des vorwiegend agrarisch geprägten Frieslandes konnten ihren Bürgerinnen und Bürgern wirklich viele Arbeitsplätze außerhalb der Stadtgrenzen bieten. Das wurde immer in solchen Phasen ein Problem, in denen die wirtschaftliche Grundlage unsicher wurde. In diesem Kontext ist das vierte Charakteristikum zu sehen. Beide sind Industriestädte, die sich jedoch hinsichtlich ihrer jeweils prägenden Industrie wesentlich unterscheiden: hier alte Hafenindustrie und Ansiedlung von Unternehmen, die sich seewärts orientieren; dort neue, wissens- und technikintensive Autoindustrie. In dieser Hinsicht soll das Projekt auch ein Schlaglicht darauf werfen, dass Industriestädte nicht über einen Kamm geschoren werden können. Wolfsburg und Wilhelmshaven bildeten ganz unterschiedliche, wenn man so will „industriekulturelle Lebenswelten“ aus. Innerhalb dieser ähnlichen und doch so unterschiedlichen Städte will ich nach den Reaktionen auf und den Rezeptionen von Krisen suchen.

Alexander Kraus: Deine Arbeit ist in das durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Forschungsprojekt „Industriestädte – Krisen, Krisenwahrnehmungen und Entwicklungsalternativen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ eingebunden. Worauf zielt das Gesamtprojekt ab und welche



Luftaufnahme Wilhelmshaven 1970er Jahre. Foto: Bestand Nr. 5611, Stadtarchiv Wilhelmshaven



Luftaufnahme Wilhelmshaven 1970er Jahre. Foto: Bestand Nr. 5611, Stadtarchiv Wilhelmshaven



Luftaufnahme Wolfsburg 1973. Foto: Hanseatische Luftfoto GmbH, Hamburg

besonderen Perspektiven vermagst du in deinem Teilprojekt speziell für Wolfsburg aufzuzeigen?

Jörn Eiben: Das Gesamtprojekt setzt sich aus zwei Teilprojekten zusammen. Mein Kollege Michael Röhrig, der am Lehrstuhl für Kultur- und Mediengeschichte von Prof. Clemens Zimmermann in Saarbrücken angesiedelt ist, setzt sich mit der Opelstadt Rüsselsheim und der Stahlstadt Völklingen auseinander. Das Projekt zu Wolfsburg und Wilhelmshaven ist am Lehrstuhl für Neuere Sozial-, Wirt-

schafts- und Technikgeschichte von Prof. Martina Heßler angesiedelt. In beiden Projekten steht jeweils die bereits angesprochene Konstellation alter und neuer Industrie, für die die jeweiligen Städte stehen, im Zentrum. Wir fragen uns, wie die Städte mit Krisen umgingen und welche Möglichkeiten ihrer Bewältigung und Prävention diskutiert wurden. Für die von mir untersuchten Städte gab es bestimmte, diese Möglichkeiten bedingende Faktoren, und das finde ich als Untersuchungsperspektive interessant.

Bei den Stadtneugründungen konnten durchaus bestimmte Schwierigkeiten in die städtische Struktur eingebaut werden – und zwar im wahrsten Sinne des Wortes. Die komplexe Hafenbeckenstruktur Wilhelmshavens, die die Ansiedlung von Industrien zum Teil sehr erschwerte, ist zum Beispiel auf die Gründung als Marinestadt zurückzuführen.

Auch für Wolfsburg, darauf hast du mit der Anspielung auf die aktuelle Krise in deiner ersten Frage hingewiesen, gibt es einen wesentlichen, die Entwicklungen der Stadt bedingenden Faktor. Die „aktuelle Krise“ in Wolfsburg ist für die Stadt eigentlich ein Phänomen zweiter Ordnung. Der Krisenherd liegt auf der anderen Seite des Kanals: Im Volkswagenwerk, nicht im Wolfsburger Rathaus wurden Entscheidungen getroffen, die dazu geführt haben, dass zunächst einmal der Konzern in der Krise steckt. Diese und weitere (aber nicht alle) Krisen des Werkes konnten dann zu Krisen der Stadt werden. Angesichts des verbreiteten Werkstolzes, der hohen Identifikation mit Automobilität sowie der enormen Bedeutung des Werkes für Finanzen und Arbeitsmarkt der Stadt, erscheint mir das Wechselspiel zwischen Konzernkrisen und ihren Effekten auf die Stadt sehr reizvoll.

Alexander Kraus: Dir geht es explizit nicht darum, eine Chronologie der Krise zu verfassen oder die Geschichten von Aufstieg und Niedergang zu erzählen. Was ist stattdessen das tragende Narrativ Deiner Erzählung?

Jörn Eiben: Weder eine Reihung von Ereignissen in ihrer zeitlichen Abfolge, noch die Reduktion auf die simple Unterscheidung von Aufstieg und Niedergang erscheinen mir für die Untersuchung Wolfsburgs und Wilhelmshavens angemessen. Ersteres wird der Dynamik historischer Prozesse nicht gerecht; Letzteres trifft schlichtweg auf keine der beiden Städte zu. Meine Analyse richtet sich daher auf die Krisen selbst, wobei ich mich auf solche Krisen konzentriere, die – wie etwa die „Ölkrise“ - Phänomene jenseits des engeren städtischen Umfeldes waren. Auf diese Weise fällt nicht nur die Identifikation von Krisen relativ leicht, sondern ich erziele so auch eine sinnvolle Vergleichsebene. Im Zentrum der Analyse stehen dabei Fragen nach dem Umgang mit den Krisen, ob und wie sie wahrgenommen wurden sowie nach den getroffenen Entscheidungen und deren Folgen. Meine Erzählung zielt daher nicht in erster Linie auf die großen Linien seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, sondern richtet sich auf bestimmte Phasen der Stadtgeschichte. Das Narrativ folgt insofern einer Mikroperspektive. Es handelt sich um die Arbeit des Geologen, der für einen sehr begrenzten (Zeit-)Raum verschiedene Schichten durchleuchtet und nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden sucht. Das heißt, ich schaue mir für jeweils recht kurze Zeiträume von zwei bis vier Jahren möglichst viele städtische Facetten und Akteure genauer an und ordne sie in den Kontext der Krise ein.

Dr. Jörn Eiben ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere Sozial-, Wirtschafts- und Technikgeschichte an der Helmut Schmidt Universität in Hamburg

VON JÖRN EIBEN

Die städtischen Grußworte zum Jahresbeginn, die in der Januarausgabe des Magazins *Aktuelles Wolfsburg* abgedruckt waren, fielen 1974 etwas nüchterner aus als in den vorangegangenen Jahren. Dies sei, so schrieb es der Stadtpressesprecher Rudolf Maaß, auf die „ökonomische Wachstumskrise“ zurückzuführen, deren Auswirkungen auch an Wolfsburg „nicht spurlos vorübergehen“ würden. Zu diesem Zeitpunkt konnten jedoch weder Maaß noch die Wolfsburgerinnen und Wolfsburgern ahnen, wie spürbar diese Krise noch werden sollte, was nicht zuletzt daran deutlich wird, dass der Pressesprecher sich relativ optimistisch zeigte. Die Krise böte eine „große Chance zur Besinnung und Überprüfung der weiteren Stadtentwicklung“. Maaß' gedämpft optimistische Neujahrsworte stehen gewissermaßen an der Schwelle zwischen zwei Wolfsburger Krisenphasen, die im Folgenden näher beleuchtet werden sollen. Die Rede ist von der sogenannten Ölkrise sowie der dritten, bis zu diesem Zeitpunkt schwersten Krise des Volkswagenwerkes. Dabei steht die Überlegung im Zentrum, dass Krisen jeweils bestimmte Facetten einer Stadt sichtbar machen – im Falle Wolfsburgs waren dies, so wird zu zeigen sein, die Beziehungen zum Volkswagenwerk, die Wirtschaftsstruktur sowie die politisch-geografische Lage.



Autofreier Sonntag in Wolfsburg (1973).
Foto: Eberhard Rohde

„Am Sonntag sind die Straßen wieder leergefegt“

In ihrer Ausgabe vom ersten Dezemberwochenende informierte die *Wolfsburger Allgemeine Zeitung* ihre Leserinnen und Leser noch einmal über das, was die meisten von ihnen eigentlich bereits wussten. Im Rahmen des Energiesicherungsgesetzes, mit dem die Bundesregierung im November 1973 auf die Ölkrise reagiert hatte, war – mit wenigen Ausnahmen – die Benutzung aller Motorräder, PKW und LKW für vier Sonntage zwischen November und Dezember untersagt. Obgleich das Gesetz letztlich eher bedingt Wirkung zeitigte, schrieben sich die leergefegten Straßen der Sonntage in das kollektive Gedächtnis der Bundesrepublik ein. In der Forschung, aber auch in Bildbänden oder Ausstellungen firmieren sie nach wie vor als eines der wesentlichen Symbole der Ölkrise. In der ‚Autostadt‘ zeichnete sich ein bemerkenswert entspannter Umgang mit den Fahrverboten ab. Weder Lokalpolitik noch Lokalzeitungen oder interviewte Bürgerinnen und Bürger zeigten sich ernsthaft besorgt. Vor allem der erste autofreie Sonntag wurde mit Humor genommen. Die *Wolfsburger Allgemeine Zeitung* schilderte ihn als Generalprobe für die geplante Fußgängerzone und ulkte: „Getreu dem Wolfsburger Motto ‚er läuft und läuft und läuft‘, war an diesem Sonntag nicht der Volkswagen, sondern der Fußgänger gemeint“. Diesen Witz hielt die Redaktion offenbar für so gelungen, dass sie ihn im Rückblick auf das Jahr

Als Wolfsburg die Krise bekam

Eine Perspektive auf die frühen 1970er Jahre



Folge der Ölkrise: Hohe Benzinpreise – hier an der Shell-Tankstelle Hotz.
Foto: Fritz Rust/IZS

1973 erneut abdruckte. Jenseits dieser humorigen Dimension ist das Zitat vor allem aufgrund der in ihm fassbar werdenden Transformation eines Werbeslogans für den ‚Käfer‘ in ein Stadtmotto interessant. Denn mit eben diesen Worten hatte die Volkswagen AG seit den 1950er Jahren für seinen Verkaufsschlager geworben – ein Wolfsburger Motto war es nie gewesen. Es sind gerade solche mitunter abseitig erscheinende Episoden, die die enge symbolische, aber auch konkrete Verbindung zwischen Stadt und Werk unter den Vorzeichen von Krisen aufzeigen.

Deutlich wird dies auch, wenn nach den Gründen für diese relative Lockerheit gefragt wird. Sie hing kurioserweise ganz wesentlich mit der Erdölverknappung zusammen. Mit dem sogenannten ‚Sparkäfer‘ und dem nagelneuen Passat profitierte der Konzern vom „Trend zum ‚sparsamen Automobil‘“, den die *Wolfsburger Allgemeine Zeitung* am 7. November 1973 konstatierte. Ähnliches ließen auch überregionale Zeitungen ihrer Leserschaft in den folgenden Monaten wissen. Auch der Betriebsratsvorsitzende gab sich gelassen. Inmitten der Ölkrise gebe VW ein „positives Beispiel“ ab, werde doch genau die Art von Fahrzeug produziert, die auf dem Weltmarkt nachgefragt werde. Vor allem deshalb gebe es aktuell keinen „Anlaß zur Hysterie“.

Die Ölkrise hatte demnach zunächst keine direkten negativen Auswirkungen auf Wolfsburg. Für diese Krisenzeit ist daher auch weniger das Ausbleiben einer ‚Hysterie‘ bemerkenswert, als die enge Verbindung zwischen Stadt und Werk im öffentlichen Diskurs: von der Transformation des Werbeslogans bis hin zum Optimismus gegenüber der Rohstoffverknappung als Wettbewerbsvorteil für kraftstoffsparende Volkswagen. Während die Einschränkungen der Automobilität in der ‚Autostadt‘ eher gelassen genommen wurden, mehrten sich gegen Ende des Jahres auch die besorgten Stimmen. Im Unterschied zu seinem Betriebsratsvorsitzenden zeigte sich VW-Vorstandsvorsitzende Rudolf Leiding sehr wohl besorgt und warnte, im Falle fortgesetzter Rohstoffengpässe stünden „schwere Zeiten“ bevor. Eine ähnlich düstere Prognose hatte Helmut Simson – damals noch DGB-Kreisvorsitzender – bereits Anfang Dezember formuliert: Die Krise werde sich erst im kommenden Jahr auswirken, zu Absatzschwierigkeiten und möglichen Arbeitsplatzverlusten führen. Er sollte Recht behalten.

„Alarm aus Wolfsburg“

Im April 1974 berichtete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Leiding habe die „Alarmglocke“ geschlagen. Volkswagen rutsche „unaufhaltsam in die roten Zahlen“, denn die Fahrzeuge ließen sich einfach nicht mehr verkaufen, woran die durch die Ölkrise erzeugte Rezession großen Anteil habe. Mit dem ersten Schlag der Alarmglocke sollte sich die Absatzkrise des Unternehmens schnell zu einer handfesten Krise der Stadt Wolfsburg ausweiten – und dies bis zur Erholung des Konzerns Anfang des Jahres 1976. Verschiedene Großprojekte standen zwischenzeitlich auf der Kippe, (hoch-)qualifizierte Arbeitskräfte verließen die Stadt, die Bevölkerung schrumpfte.



Rede Außenminister Hans-Dietrich Genschers am 7. Juni 1974 im Wolfsburger Rathaus.
Foto: Renate Reichelt/IZS

Diese und weitere Effekte der Krise wurden in den Jahren 1974/75 intensiv unter dem Stichwort Monostruktur, sprich der hohen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Stadt vom Volkswagenwerk, diskutiert. Ein Beispiel dafür bietet der Wahlkampf zur niedersächsischen Landtagswahl 1974: Die Kandidaten aller Parteien erhoben wirtschaftsstrukturelle Veränderungen zum vorrangigen Ziel. Auch im Rat wurde die „derzeitig allgemein wenig befriedigende Absatzlage der Automobilindustrie und die damit verbundene Beschäftigungs- und Ertragslage“, diskutiert, wie es in einer umfangreichen Anfrage vom September 1974 heißt. Während der Krise mühten sich Politik und Verwaltung redlich um die Ansiedlung anderer Industriebetriebe. Dabei zeigte sich die Volkswagen AG willens, den erhofften Prozess mit Know-How zu forcieren und – sofern möglich – mit Räumlichkeiten zu unterstützen. Eine weitere Möglichkeit zu wirtschaftsstruktureller Veränderung sahen die Zeitgenossen im Bereich der Dienstleistungen und des Handels, die primär hinsichtlich der damals noch im Planungsprozess befindlichen Fußgängerzone diskutiert wurden.

Hier bildete die Krise geradezu ein Argument, das vor allem Oberstadtdirektor Werner Hasselbring mehrfach für den seinerzeit umstrittenen Umbau der Porschestraße anführte.

Die Krise machte jedoch nicht nur die Monostruktur der Stadt aufs Neue sichtbar. Vielmehr führte sie auch dazu, dass zwei Facetten der Stadt in ein anderes Licht gerückt wurden: ihre Außenwahrnehmung und ihre geografische Lage. Bundesweit wurde Wolfsburg mehrfach als „Goldgräberstadt“ oder „Großprotzendorf“ titulierte – einer solchen Stadt finanzielle Hilfe aus Steuermitteln zukommen zu lassen erschien eher unnötig und in jedem Falle politisch nicht leicht vermittelbar. Mit der Krise bei Volkswagen, die bundesweit in den Nachrichten war, sahen zahlreiche Zeitgenossen den Moment für einen Imagewandel der Stadt gekommen. In welche Richtung der Wandel gehen sollte, blieb jedoch noch unbestimmt – „Goldgräberstadt“ wollte man auf jeden Fall nicht mehr sein.

Auch die besondere geografische Lage Wolfsburgs im Zonenrandgebiet wurde nun in einem anderen Licht gesehen. Seit der deutschen Teilung lag Wolfsburg nicht mehr in der Mitte Deutschlands, sondern am Rand der Bundesrepublik, wo viele Wege endeten. Dies galt jahrzehntelang als Standortnachteil, wurde aber nun in der Krise positiv umgedeutet. So veröffentlichte der Wolfsburger Wirtschaftsgeograf Wolf Tietze einen Beitrag, in dem er ausführlich die Möglichkeiten diskutierte, die der Stadt in den kommenden Jahren aus eben dieser Randlage erwachsen könnten. Tietzes Ausführungen sind freilich im Zusammenhang mit der ‚Entspannungspolitik‘ der 1970er Jahre zu sehen, wurden aber von den *Wolfsburger Nachrichten* Anfang Juni 1974 geradezu euphorisch als „Wolfsburgs Chancen im neuen Europa“ begrüßt. Die Zonenrandlage böte eine ideale Möglichkeit, die „Problematik seiner bisherigen wirtschaftlichen Monostruktur“ zu überwinden. Reinhard Moorkamp, Ökonom bei Volkswagen, dachte ebenfalls über die Zonenrandlage nach. Angesichts der gegenwärtigen Absatzschwierigkeiten könne Osteuropa zu einem ergiebigen „Kapazitäts- und Absatzreservoir“ für den Konzern werden. Der geografische Standortnachteil konnte also sowohl wirtschaftsgeografisch als auch unternehmensstrategisch in einen Standortvorteil verwandelt werden – eine solche Umdeutung wäre ohne die Krise vermutlich nicht denkbar gewesen. Die Krise weist eine Doppelfunktion aus. Für Historikerinnen und Historiker bietet sie die Gelegenheit zum einen an der symbolischen Verarbeitung der Ölkrise vieles über das ‚autostädtische Selbstverständnis‘ zu lernen und zum anderen die Umdeutungen der geografischen Lage als interessanten Kriseneffekt zu bestimmen. Für die Zeitgenossen bildete sie eine Möglichkeit, den als notwendig erachteten Imagewandel herbeizuführen. Zugleich führte sie ihnen jedoch einmal mehr die hohe Abhängigkeit der Stadt vom Volkswagenwerk vor Augen. Nachdem die Krise relativ glimpflich ausgegangen war, urteilte ein Kommentator in der *Wolfsburger Allgemeine Zeitung*, dass die Probleme damit nicht aus der Welt seien, sondern man lediglich „Schonzeit“ gewonnen habe, um sie anzugehen. Er erhoffte sich für das künftige politische Handeln in Wolfsburg Lerneffekte aus der Krise. Angesichts der gegenwärtigen Situation rund um das Volkswagenwerk bleibt für die Wolfsburgerinnen und Wolfsburgern zu hoffen, dass vor gut vierzig Jahren bereits richtige Schlüsse gezogen wurden.

Obdachlosigkeit in Zeiten des „Wirtschaftswunders“

VON ALEXANDER KRAUS



Stufenhochhaus. Foto: Klaus Gottschick

zeitSTUFEN HOCHHAUSgeschichte

Nachdem 2009 bereits die *Neuland-Burg* abgerissen wurde, steht 2018 der Abriss des nächsten Detmeroder Wahrzeichens an.

Das Stufenhochhaus ist ein zentraler Orientierungspunkt Detmerodes – noch. Das *Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation* wird sich in einem Projekt der Geschichte des Stadtteils im Allgemeinen wie auch der des Stufenhochhauses im Besonderen widmen und sich mit den Mieterinnen und Mietern auf eine Zeitreise in 50 Jahre Alltagsgeschichte begeben. Dafür sammelt das Institut von November 2016 bis Februar 2017 Fotografien, die das Leben im, am und um das Stufenhochhaus herum durch die Jahrzehnte hinweg festhalten. Ob Aufnahmen der ersten Wohnungseinrichtung, des renovierten Badezimmers, der neuen Polstergarnitur oder des ehemaligen Kinderzimmers, ob Fotografien, die die Einwohnerinnen und Einwohner bei Familienfesten oder gemeinsam verbrachten Nachbarschaftstreffen zeigen, ob sie Glück oder Unglück, Freude oder Trauer zeigen – all diese Aufnahmen fließen in eine Projektwohnung im Stufenhochhaus selbst ein, die das Institut im Herbst des Jahres 2017 in ein Geschichtslabor verwandeln möchte, in dem die Geschichten der Einwohnerinnen und Einwohner dokumentiert und in eine gemeinsame Geschichte verwandelt werden sollen. Die Reise zurück in die eigene Geschichte kann getragen sein von Nostalgie, Romantik oder vergangenen Sehnsüchten. Machen wir uns auf den Weg...

Ansprechpartner:

Anita Placenti-Grau
Stadt Wolfzburg
Geschäftsbereich Kultur
Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation (IZS)
Goethestraße 10a
38440 Wolfzburg
05361.2757-34
anita.placenti-grau@stadt.wolfzburg.de

Dr. Alexander Kraus
05361.27-5741
alexander.kraus@stadt.wolfzburg.de

„Folgende Aufstellung der letzten drei Jahre“, heißt es in einem eigens angefertigten Vermerk zur Vorlage der *Gebührenordnung für die Obdachlosenunterkünfte der Stadt Wolfzburg* aus dem Oktober 1959, „läßt das Ansteigen der Obdachlosigkeit in Wolfzburg in besorgniserregendem Umfange erkennen“. Mussten 1957 in sieben Fällen allein 22 Personen in den bestehenden Obdachlosenunterkünften untergebracht werden, stieg binnen der nächsten zwei Jahre sowohl die Anzahl der Fälle (53), als auch die der Personen (165) um mehr als das Siebenfache an. Ergänzt um die in etwa konstant bleibende Zahl von 38 Personen, die infolge fehlender Obdachlosenunterkünfte in ihre Wohnungen wieder eingewiesen wurden, waren demnach 203 „seßhafte Obdachlose“ für das Jahr 1959 verzeichnet. Zu ihnen zählten vornehmlich sogenannte Räumungsschuldner: Personen, die infolge ausbleibender Mietzahlungen den Zwangsauszug aus ihrer Wohnung selbst verursacht hatten. Vergleichbar dramatisch stieg innerhalb des genannten Zeitraumes auch die Zahl der Übernachtungen nicht-sesshafter Obdachloser von 1.496 auf 7.801 an. Die Archivalie des Monats Juli dokumentiert damit eine Entwicklung, für die sich

bundesweit in den Kommunen erst peu à peu ein Bewusstsein entwickeln musste: Inmitten des rasanten wirtschaftlichen Aufschwungs und eines akuten Arbeitskräftemangels wurden Armut und Obdachlosigkeit erst spät als weiterhin existente gesellschaftliche Probleme erkannt.

In der ‚Wirtschaftswunderstadt‘ Wolfzburg stellte sich die Situation noch einmal besonders dar. Sei, wie es in der Quelle heißt, Obdachlosigkeit andernorts in der Bundesrepublik meist eine Folge kriegsbedingter Zerstörungen, des daraus resultierenden Wohnungsnotstandes sowie der hohen Zahl an Zuwanderern aus den ehemaligen Ostgebieten, kämen in Wolfzburg noch zwei weitere Aspekte hinzu: die „rasche Ausweitung“ der Stadt und insbesondere die Grenznähe. Denn als nah an der innerdeutschen Grenze liegende Stadt werde innerhalb Wolfzburgs auch die Migrationsbewegung in umgekehrter Richtung spürbar. Die Stadt unterliege „einem weiteren Zustrom durch solche Obdachlose, die aus irgendwelchen Gründen die Bundesrepublik verlassen wollen und an der Grenze wieder abgeschoben werden“. Tatsächlich siedelten den offiziellen Statistiken der Bundesre-

publik Deutschland zufolge von 1950 an bis 1968 etwa 435.000 Menschen in die DDR über, Angaben aus der DDR führen gar 646.000 Übersiedler an. Neben den an der Grenze abgewiesenen Personen wird noch eine weitere Gruppe im Vermerk benannt, von der man sich begrifflich besonders zu distanzieren scheint: „[E]in starker Zustrom [...] von Binnenwanderern“ sei zu beobachten, die in der Hoffnung auf eine Anstellung im Volkswagenwerk „in die Stadt eindringen“ würden und sodann, als wäre das nicht schon schlimm genug, „als Obdachlose der Obdachlosenbehörde zur Last fallen“. Auch andere Passagen sind in einem eher kühl-abgrenzenden Duktus verfasst, sich dabei an den Vorlagen der Gesetzessprache orientierend: So wurde Obdachlosigkeit als eine „Störung der öffentlichen Ordnung“ aufgefasst, deren „Verhütung oder Beseitigung [...] eine Aufgabe der Gefahrenabwehr“ darstelle, „die der Ordnungsbehörde obliegt“. Dass Arbeitssuchende von westdeutschen Kommunen als Eindringlinge aufgefasst wurden und Städte vor ihnen geschützt werden sollten, ist für die späten 1950er und 1960er Jahre nicht untypisch. Wie der Münsteraner Zeithistoriker Christoph Lorke in seiner Studie *Armut im geteilten Deutschland* aufgezeigt hat, wurden Obdachlose und Nichtsesshafte in den Gesellschaftsdiskursen regelrecht pathologisiert. Meist sei ihr Schicksal, so die Stimmen der Zeit, auf eigenes Unvermögen zurückzuführen, da sie sich, anstatt ihre Miete zu zahlen, materielle Güter anschaffen würden, die sie sich nicht leisten könnten.¹ Der folglich selbstverschuldete Niedergang, der nicht mit den Normen der Nachkriegsgesellschaft wie Ehrbarkeit und Selbstkontrolle korrespondierte, wurde beispielsweise auch durch den Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard (CDU) angeprangert. In seiner 1957 publizierten Programmschrift *Wohlstand für alle*, die sich in den folgenden Jahren in großen Mengen verkaufte und als Leitbild der Bundesrepublik jener Jahre gelesen werden kann, mahnte er vor den Gefahren eines zunehmend um sich greifenden Versorgungsstaates: Die Bundesrepublik würde, falls „die Flucht vor der Eigenverantwortung“, ja „diese Sucht weiter um sich greift, [...] in eine gesellschaftliche Ordnung schlittern, in der jeder die Hand in der Tasche des anderen hat“.²

Nichtsdestotrotz hatte sich der Rat der Stadt Wolfzburg des ‚leidigen Problems‘ angenommen und im September 1958 den Bau von insgesamt 32 Wohnungen in zwei zweigeschossigen Schlichtbauhäusern „In den Allerwiesens“, allerdings südlich des Mittellandkanals, beschloss. Waren die bisherigen Notunterkünfte – schlichte Baracken – noch auf dem Bullenberg, südöstlich des Großen Schillerteiches, untergebracht, wurden die Obdachlosenunterkünfte nun in unmittelbarer Nachbarschaft eines angelegten Industriegebietes gebaut, ohne dass die Straßenführung für das Gebiet bereits endgültig festgelegt war. Damit waren die Obdachlosen letztlich in gewisser Hinsicht isoliert von der städtischen Gesellschaft.

1 Christoph Lorke, *Armut im geteilten Deutschland*. Die Wahrnehmung sozialer Randlagen in der Bundesrepublik und der DDR. Frankfurt am Main/New York 2015, S. 167–176.

2 Ludwig Erhard, *Wohlstand für alle*. 8. Aufl. Bonn 1964 [1957], S. 248.

Vermerk:

Die Obdachlosigkeit in Wolfzburg

I. Rechtsgrundlagen zur Beseitigung der Obdachlosigkeit

Ursache der bestehenden Obdachlosigkeit in Wolfzburg	Die Unterbringung der Obdachlosen ist grundsätzlich für alle Gemeinden, vorwiegend für die Städte, eine Aufgabe, deren Lösung auf absehbarer Zeit nicht möglich ist. Ist die Obdachlosenfrage in den Städten als Kriegsfolge zum Problem geworden, sei es durch die großen Zerstörungen von Wohnhäusern oder durch den starken Zustrom von sowjetzonalen Flüchtlingen, so ist hier in Wolfzburg die überaus rasche Ausweitung der Stadt und die Grenznähe Ursache der bestehenden Obdachlosigkeit.
Aufgabe der Gefahrenabwehr (SOG)	Die Obdachlosigkeit stellt nicht nur eine Gefahr des Obdachlosen selbst, sondern auch eine Störung der öffentlichen Ordnung dar. Ihre Verhütung oder Beseitigung ist daher eine Aufgabe der Gefahrenabwehr, die der Ordnungsbehörde obliegt.
Ordnungsamt Wolfzburg als Obdachlosenbehörde	Auf Grund des Gesetzes über die öffentliche Ordnung (SOG) und der gemeinsamen Runderlasse des Nds. MdI., d. Nds. MfA. u.d. Nds. JustM. v. 29.8.1956 - III/1 a - 21.64.51/56 - 30.40.00./II (I 551/56) - u. - 6221 - II 5. a 5 192/53. - hat das Ordnungsamt als Obdachlosenbehörde gemäß §§ 2 Abs. 1, 44 u. 46 Abs. 2 SOG notwendige Maßnahmen zu treffen, um die Obdachlosigkeit zu beseitigen oder zu verhüten.
Maßnahmen als Ordnungsaufgabe	Wird die öffentliche Ordnung durch eine bereits eingetretene oder drohende Obdachlosigkeit von Personen gestört oder gefährdet, so hat die Obdachlosenbehörde sich in erster Linie an den Obdachlosen zu halten und von ihm zu verlangen, daß er aus eigenen Kräften die Obdachlosigkeit beseitigt. Nach § 361 Nr. 8 StGB kann die Obdachlosenbehörde verlangen, daß sich der Obdachlose nach Maßgabe seiner wirtschaftlichen Verhältnisse in Hotels, Pensionen, Herbergen oder bei Verwandten auf eigene Kosten um Wohnraum, Unterkunft oder Schlafstelle bemüht. Die Befolgung der Verfügung kann mit Zwangsmitteln nach § 35 ff SOG erzwungen werden.
Verpflichtung der Obdachlosen § 361 Nr. 8 StGB	

AdM 8/2016

Champion in einer vergessenen Sportart

Der VfL Wolfsburg als Deutscher Feldhandballmeister 1963

VON WERNER STRAUSS

Die Stadt Wolfsburg darf zu Recht den Beinamen „Stadt des Sports“ tragen, denn ungefähr jeder dritte Wolfsburg ist Mitglied in einem – oder gleich mehreren – der zahlreichen Sportvereine. Mit Blick auf den Spitzensport stehen aktuell die Erstligisten im Fußball und im Eishockey im Fokus: der VfL Wolfsburg und die Grizzly Adams Wolfsburg. Dies war in den 1950er und 1960er Jahren noch anders, als der Feldhandballsport eine wichtige Rolle spielte und große Stadien mit Zuschauern füllen konnte. Dieser Sport wurde in der Großfeldvariante auf Spielfeldern in Größe eines Fußballplatzes ausgeübt, mit Mannschaften, zu denen neben dem Torwart zehn Feldspieler zählten.

Seit der Aufnahme des Hallenhandball-Spielbetriebs in Westdeutschland ab 1946 bestand das Spieljahr bis zur Spielzeit 1957/58 aus zwei Feldperioden und einer zwischengeschobenen Hallenperiode. Diese Organisationsweise änderte sich mit der Spielzeit 1958/59. In der Folgezeit begann das Spieljahr mit der Halleiszeit von November bis März. Anschließend wurde die Feldsaison ausgetragen. Gegen Ende der 1960er Jahre gewann der Hallenhandball zusehends an Bedeutung und verdrängte schließlich den Feldhandball. Um diese Sportart attraktiver zu gestalten, änderte man verbandsseitig häufig das Regelwerk z.B. im Falle von Abseits und bei Freiwürfen. Bis 1965 ermittelten die Meister der Landesverbände im Feldhandball den nationalen Titelträger in einer Endrunde. Zur Saison 1967 wurde die Bundesliga gegründet, die insgesamt sieben Spielzeiten lang ausgetragen wurde. Seit 1975 wurde keine Deutsche Meisterschaft im Feldhandball mehr ausgespielt. Acht Jahre zuvor, in der Saison 1967, spielte der VfL Wolfsburg seine einzige Erstliga-Spielzeit in der Bundesliga – und dies obendrein wenig erfolgreich. Er musste in die Regionalliga, die zweithöchste Spielklasse, absteigen. Der größte Erfolg der Handballsparte des VfL lag damals schon einige Jahre zurück.

anlauf zur Deutschen Meisterschaft 1963 schickten die Wolfsburg die erfolgreiche Mannschaft auf das Feld, die schon den Westmeister Grün-Weiß Dankersen aus dem Wettbewerb geworfen hatte. Die Besetzung lautete: Kniphals, Schwope, Bielfeldt, Trigo-Teixeira, Müller, M. Fiebich, Baronsky, Brühheim, Nolte, Hansch und Lange. Zu diesem Aufgebot zählten mit Paul Schwope und Peter Baronsky zwei Weltmeisterspieler von 1959. Die Mannschaft punktete mit Erfahrung, denn das Durchschnittsalter betrug fast 30 Jahre. Es war für nicht wenige Mannschaftsmitglieder die womöglich letzte Gelegenheit, das Siegertreppchen zu ersteigen. Gegner im Finale am 28. Oktober 1963 im Wuppertaler Zoostadion war die Mannschaft des BSV Solingen 98. In einem Pressebericht zum Spiel wurde hervorgehoben, dass der Sieg der Niedersachsen vor der Kulisse von rund 32.000 Zuschauern aufgrund der homogenen Mannschaftsleistung verdient war. Nach einem zwischenzeitlichen 2:5-Rückstand drehte der VfL das Spiel und gewann es mit 9:6 Toren.

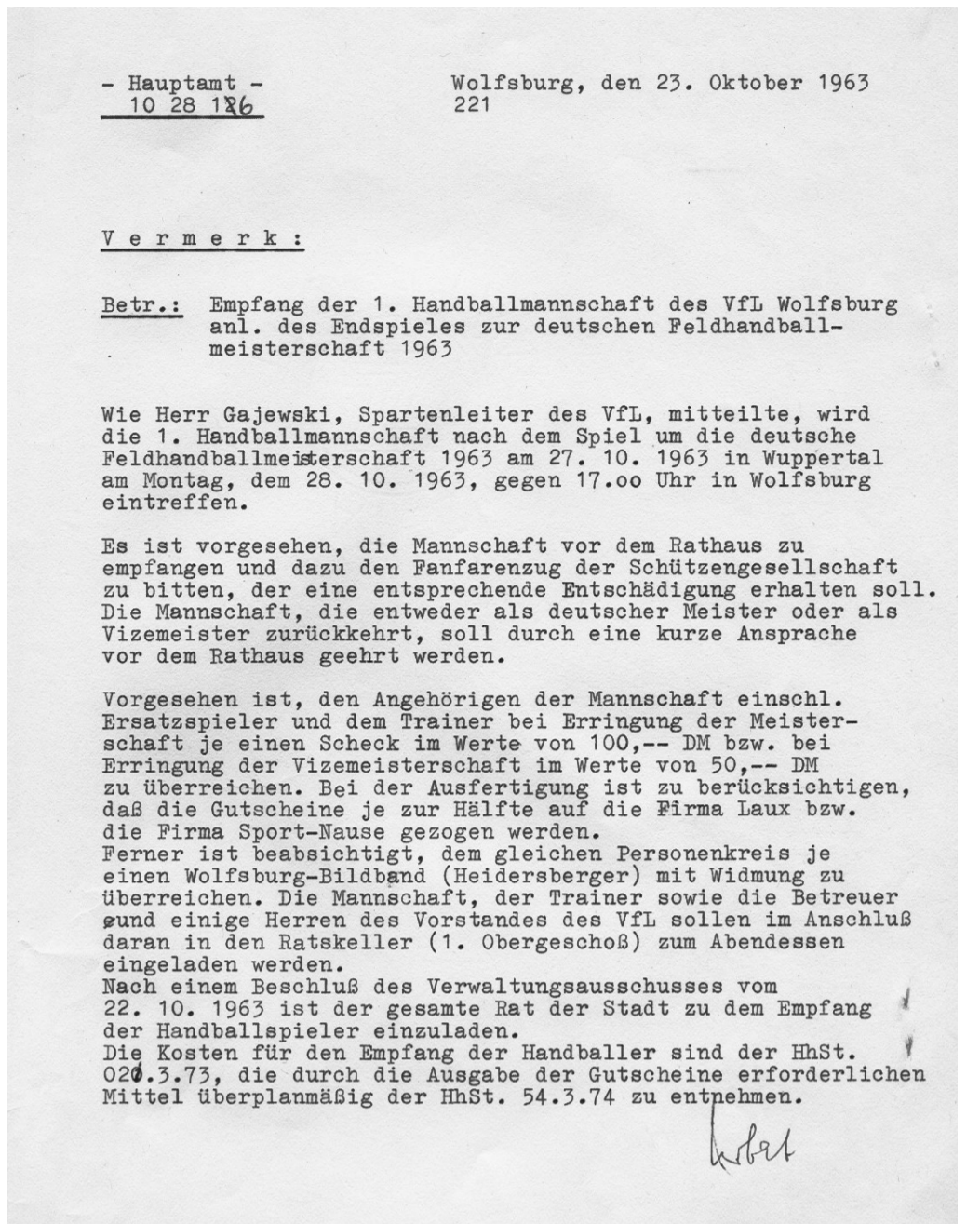
In der Stadtverwaltung wurden Vorbereitungen zu einem würdigen Empfang der erfolgreichen Handballmannschaft des VfL mit ihrem Trainer Hein Büker getroffen. Als Archivalie des Monats dient ein Aktenvermerk des Abteilungsleiters für Rats- und Repräsentationsangelegenheiten, Heinz Urbat, vom 23. Oktober 1963, in dem der Ablauf des Mannschaftsempfangs erläutert wurde (HA 1778). Der Empfang sollte vor dem Rathaus am späten Nachmittag des 28. Oktober 1963 stattfinden. Unter anderem war vorgesehen, der Mannschaft einschließlich Ersatzspieler und Trainer bei Erringung der Meisterschaft je einen Scheck über 100,- DM zu überreichen. Bei der Vizemeisterschaft hätte der Scheck einen Wert von 50,- DM gehabt. Aus heutiger Sicht waren die Feldhandballspieler lupenreine Amateure, die nur wenig Kapital aus ihrer Sportart schlagen konnten. Nach der Ehrung wurde zu einem Abendessen in den Ratskeller eingeladen, woran auch der gesamte Rat der Stadt teilnehmen sollte.

In einem Pressebericht vom Empfang des Deutschen Feldhandballmeisters heißt es: „Als das obligatorische (VW-Käfer)-Bähnle die Spieler gegen 17.18 Uhr vor dem Rathausmarkt absetzte, kannte die Begeisterung keine Grenzen mehr. Ein vorsorglich gespanntes Spalierseil war dem Ansturm der Wolfsburger Handballfreunde hoffnungslos unterlegen.“ Oberbürgermeister Hugo Bork hob in seiner Begrüßungsansprache hervor, dass der VfL seit 1958 ununterbrochen norddeutscher Meister war und nun endlich der große Wurf gelungen sei. Bork bezeichnete den Gewinn des deutschen Meistertitels als nachträgliches stolzes Geschenk zum 25-jährigen Stadtjubiläum. Im Namen des VW-Vorstandes wandte sich Personalchef Dr. Kurt Haaf ebenfalls an die Spieler, die den Lorbeer gepflückt hätten, der ihnen zustünde. Fast selbstverständlich war der Eintrag der Mannschaft und ihres Trainers in das Gästebuch der Stadt. Doch die Jahre waren gezählt, bis die Hallenvariante des Handballs die Dominanz errang und den Feldhandball bald darauf vergessen ließ.



„VfL-Handballer haben es geschafft!“
Artikel in *Niedersachsensport* vom 28.10.1963

Bereits im Jahre 1958 griffen die Handballer des VfL nach der Meisterkrone, verloren allerdings das Finale in Oberhausen mit 9:10 gegen *Hamborn 07*. Die Hochklassigkeit des Wolfsburger Feldhandballspiels kommt bereits darin zum Ausdruck, dass der VfL seit 1958 achtmal in der Endrunde um die Deutsche Meisterschaft dabei war. Beim zweiten Final-



StadtA WOB, HA 1778

AdM 9/2016

Eine verpasste Chance!

Warum die Ausstellung *Auschwitz – Bilder und Dokumente* nicht in Wolfsburg gezeigt wurde

VON ALEXANDER KRAUS

Vom 20. Dezember 1963 bis zum August 1965 führte der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer in Frankfurt am Main den größten – und vielleicht wichtigsten – Strafprozess der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte: Den Auschwitz-Prozess. Nebenbei fand Bauer, der sich Zeit seines Lebens für die Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer NS-Vergangenheit einsetzte, tatsächlich noch Zeit, an einer Ausstellung zum Thema mitzuwirken. Während der Prozess als das „sichtbarste Zeichen eines temporären Paradigmenwechsels in der strafrechtlichen Verfolgung von NS-Gewaltverbrechen“ gilt, zählt *Auschwitz – Bilder und Dokumente* zu den frühesten Ausstellungen, die den nationalsozialistischen Massenmord unmissverständlich thematisierten. Initiiert hatte sie neben Bauer der *Frankfurter Bund für Völkerverständnis* sowie der Jurist Henry Ormond, der zahlreiche Holocaust-Überlebende vertrat, und dessen Mitarbeiter Christian Raabe. Beide vertraten zudem die Nebenklage im Auschwitz-Prozess. Die ausgestellten Fotografien, die neben Wohnblocks und Wachtürmen auch Gesichter jüdischer Häftlinge in Nahaufnahme zeigten, wie auch die präsentierten Dokumente und Ausstellungsobjekte – beispielsweise Zyklon-B-Dosen –, konfrontierten die Besucher in bis dato unbekannter Deutlichkeit mit dem Holocaust. Die Ausstellung wurde vom 18. November 1964 bis zum 20. Dezember 1964 zunächst in Frankfurt am Main, dann auch in Stuttgart, Wien, Nürnberg, Düsseldorf, West-Berlin und Hannover gezeigt – nicht aber in Wolfsburg,

wie unsere Archivalie des Monats September dokumentiert: In einem Schreiben an die *Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung* vom 3. Dezember 1965 stellte Oberstadtdirektor Günter Balk klar, „daß die Stadt Wolfsburg wegen des außergewöhnlichen Kostenaufwandes von einer Durchführung der Auschwitz-Ausstellung hier am Orte Abstand nehmen“ müsse. Diese Entscheidung hat aus heutiger Sicht einen faden Beigeschmack, war Balk doch am 1. Mai 1937 und demnach kurz nach der Aufhebung der Mitgliederaufnahmesperre der NSDAP beigetreten und hatte anschließend zunächst als juristischer Sachbearbeiter der Landesbauernschaft „Kurmark“, ab August 1943 als Landwirtschaftsrat im Nationalsozialismus Karriere gemacht. Nach dem Krieg wurde er vom 1. Februar bis zum 19. August 1946 in einem amerikanischen Internierungslager festgehalten. Mit seiner Absage waren die Anstrengungen von Herrn Schütte, dem Leiter der Pressestelle, zunichte gemacht. Dieser hatte sich zuvor intensiv darum bemüht, die durch den Niedersächsischen Kultusminister in einem Erlass vom 21. Oktober 1965 empfohlene Ausstellung nach Wolfsburg zu holen. Verschiedene Schulleiter der hiesigen Schulen, die fürchteten, ein Besuch mehrerer Schulklassen in Hannover könnte infolge der zu erwartenden Kosten scheitern, hatten eine solche Anfrage angeregt. Daher erkundigte sich Schütte kurzerhand, unter welchen Konditionen die Ausstellung hier vor Ort gezeigt werden könne. Ein erstes *Fortsetzung auf Seite 14*

Vfg.

- Pressestelle -

An die
Nieders. Landeszentrale
für politische Bildung

1. 3000 Hannover
Hohenzollernstr. 46

Schü/Ho 493 156 3.12.1965

Auschwitz-Ausstellung

Bezug: Ihr Schreiben vom 23.11.1965 - I - 101/250/65

Sehr geehrter Herr Schachtebeck!

Ich danke Ihnen sehr für Ihre umgehende Beantwortung meiner Anfrage und muß Ihnen zu meinem Bedauern mitteilen, daß die Stadt Wolfsburg wegen des außergewöhnlichen Kostenaufwandes von einer Durchführung der Auschwitz-Ausstellung hier am Orte Abstand nehmen muß.

In bezug auf Ihre Bemerkung hinsichtlich des Reichtums der Stadt Wolfsburg bin ich gehalten den im Land Niedersachsen verbreiteten Irrtum dahingehend richtigzustellen, daß die Stadt zwar den Nachweis einer gesunden Finanzwirtschaft führen kann, daß sie aber mit Rücksicht auf ihren aus dem Nichts geschaffenen Aufbau zu ungleich größeren Verpflichtungen hinsichtlich des Schul- und Wohnungsbaues verpflichtet ist, als jede andere Stadt im Land Niedersachsen.

Für Ihren Hinweis, mich wegen der Besuche von Schüler- und Jugendgruppen an Herrn Oberregierungsrat Hinkellammert zu wenden, danke ich Ihnen sehr.

2. Z.d.A.

Mit freundlichen Grüßen

Der Oberstadtdirektor

(B a l k)

StadtA WOB, HA 2755, Bd. 1

Fortsetzung von Seite 13 Schreiben richtete er noch irrigerweise an Dr. Martin Broszat, den Leiter des Münchner *Instituts für Zeitgeschichte*, der ihn an die *Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung* in Hannover verwies. Dem Antwortschreiben des dortigen Mitarbeiters Schachtebeck ist dann auch der Betrag zu entnehmen, den die gewünschte Präsentation der Ausstellung *Auschwitz - Bilder und Dokumente* an Kosten verursachen würde: die für damalige Verhältnisse in der Tat beachtliche Summe von 40.000 DM. Wie sich diese Kosten zusammensetzen, ist der Quelle nicht zu entnehmen. Falls Wolfsburg dessen ungeachtet an der Ausstellung interessiert sei – schließlich handele es sich, so Schachtebeck, „ja um eine reiche Stadt“ –, solle zur weiteren Klärung mit der verantwortlichen *Gesellschaft für Brüderlichkeit e.V.* Kontakt aufgenommen werden. Das Wort „reiche“ ist auf dem überlieferten Schreiben Schachtebecks nicht nur unterstrichen, sondern auch mit einem Fragezeichen versehen – an ihm sollte sich auch Balk stören, befasst sich doch der mit Abstand längste Absatz seines Schreibens, unserer Archivalie des Monats September, mit eben jenem salopp eingestreuten Hinweis:

„In [B]ezug auf Ihre Bemerkung hinsichtlich des Reichtums der Stadt Wolfsburg bin ich gehalten den im Land Niedersachsen verbreiteten Irrtum dahingehend richtigzustellen, daß die Stadt zwar den Nachweis einer gesunden Finanzwirtschaft führen kann, daß sie aber mit Rücksicht auf ihren aus dem Nichts geschaffenen Aufbau zu ungleich größeren Verpflichtungen hinsichtlich des Schul- und Wohnungsbaues verpflichtet ist als jede andere Stadt im Land Niedersachsen.“

Damit lag der Oberstadtdirektor sicherlich nicht falsch, doch erscheint sein Hinweis auf die zu schulternden Aufbauleistungen fadenscheinig. Schließlich lag das Gewerbesteueraufkommen in der Bundesrepublik 1965 fast nirgendwo höher als in Wolfsburg. Mit 744,18 DM

je Einwohner verzeichnete die Volkswagenstadt im Vergleich zu Düsseldorf (354,84 DM) ein mehr als doppelt so hohes Pro-Kopf-Gewerbesteueraufkommen, München dagegen kam auf wenig mehr als ein Drittel (274,52 DM). Auch im Folgejahr rangierte Wolfsburg im nationalen Vergleich hinsichtlich der Steuereinnahmen deutlich im oberen Drittel. Allein Städte wie Rüsselsheim oder Sindelfingen, ebenfalls Standorte der Automobilproduktion, übertrafen die Wolfsburger Zahlen – und dies obgleich die Stadt 1966/67 unter der ersten großen Krise der *Volkswagen AG* litt.

Ein Blick in den Haushaltsplan des Jahres 1965 offenbart, für welche Posten die Stadt dagegen bereit war, Geld auszugeben. So standen allein für die Anschaffung von Kunstwerken 120.000 DM – und damit ein Fünftel mehr als im Vorjahr – zur Verfügung. Mit diesen 20.000 DM hätte bereits die Hälfte der Ausstellungskosten finanziert werden können. Auch die Sportvereine konnten sich über einen stattlichen städtischen Zuschuss von einer Viertelmillionen DM freuen. Es fügt sich ins Bild, dass vor *Auschwitz - Bilder und Dokumente* schon die Ausstellung *Die Vergangenheit mahnt* – trotz eines langen Aushandlungsprozesses, der sich über zwei Jahre hinzog – nicht in Wolfsburg gezeigt wurde. Diese durch die *Internationale Liga für Menschenrechte* organisierte Schau präsentierte die Geschichte des Judentums bis zum millionenfachen Mord in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern. Fast hat es den Anschein, als wäre es manchem Stadtoberen, von denen einige – so auch Balk – als ehemalige NSDAP-Mitglieder dem Regime nahe standen, ganz gelegen gekommen, wenn die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte in Wolfsburg nicht allzu aktiv betrieben wurde. Was bekamen die Wolfsburger dann stattdessen im kommenden Jahr in der Bürgerhalle des Rathauses zu sehen? Unter anderem die damals bereits seit einigen Jahren durch Deutschland tourende Ausstellung *Jugend malt Autos...*

Kreativangebote und Ferienspiele im IZS

VON ANITA PLACENTI-GRAU

Ein wichtiger Baustein des archivdidaktischen Angebots des *Instituts für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation* (IZS) sind die Kreativangebote und Ferienspiele im Stadtarchiv. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die kulturelle Bildung in diesem Bereich in der Tat schon sehr früh Früchte tragen kann. Ausgerichtet sind diese Angebote ganz bewusst auf die jüngsten Archivbesucher dieser Stadt, die in der Regel auf diesem Wege das erste Mal eine Begegnung und Beschäftigung mit der lokalen Stadtgeschichte erleben. Die Aktivitäten in diesem Kreativbereich setzen vor allem auf den natürlichen Entdeckerdrang, die Neugierde

und die Kreativität der jungen Archivbesucher. Der Lernraum Archiv ermöglicht so einen didaktischen Spielraum – eine Fülle an Material und Themen aus dem Archiv kann mit unkonventionellen Vermittlungsmethoden bearbeitet werden. Auf dem Programm stehen unter anderem stadtgeschichtliche Rallyes, Fotoexpeditionen, Wappenmalerei, Siegeldruck, Rollenspiele, Videoclips oder selbständig gestaltete Bücher. Die Ferienangebote finden in der Regel in den Räumen des IZS statt, doch machen sie in Form von Expeditionen und Entdeckungstouren auch die Stadt als Geschichtsraum erfahrbar.

Werkstattbericht

Ferienspiele: Die Stadt erkunden und dabei ein eigenes Buch gestalten

VON TONIA WIATROWSKI

Vom 4. bis zum 7. Oktober 2016 fanden erneut die Ferienspiele im IZS statt. Thematisch bestanden sie aus einer Mischung aus Stadtgeschichte, Stadterkundung und kreativem Gestalten. In diesen Ferienspielen fand sich eine besonders ehrgeizige Gruppe zusammen. Die Kinder schrieben und illustrierten eigene kleine Bücher zu selbstgesetzten Themen, die bereits nach kurzer Überlegung der Kinder feststanden und an denen mit viel Ausdauer, Fleiß und guten Ideen gearbeitet wurde. So entstanden Geschichten und Illustrationen. Teilweise wurde sogar zu Hause freiwillig weitergearbeitet, um das Buch innerhalb der Ferienspiele fertigstellen zu können. Zum Bücher-Machen gehört auch eine gute Recherche – wie bei erwachsenen Wissenschaftlern und Schriftstellern. Dazu besuchte die Gruppe die *Stadtbibliothek* und bekam eine fachkundige Einführung von Beate Horstmann. Die Kinder lernten, wie sie Inhalte zu bestimmten Themen finden können und auf welche Art und Weise nach diesen gesucht werden kann. So fanden die Kinder selbständig viele Informationen, um sich die Bücher auch inhaltlich zu erarbeiten. Ein weiterer Ausflug führte zum *Schiller 40 Coworkingspace*. Hier ging es um das Thema Zukunft. So probierten die Kinder gemeinsam neue Technologien aus.

Sie erstellten beispielsweise einen 3-D-Druck oder konnten eine virtuelle Hand mittels Gesten bedienen. Zum Ende der Ferienspiele gab es wie immer eine schöne Ausstellungseröffnung im IZS mit kaltem Buffet, Eröffnungsrede und natürlich mit vielen stolzen Jungautorinnen und -autoren.

Wolfsburger Sagen unterwegs

Im April dieses Jahres ist *Das Wolfsburger Sagenbuch. Schnurren und Sagen über Riesen, Zwerge und andere Gesellen neu erzählt* erschienen. Nachdem es in den ersten Monaten nach seiner Veröffentlichung an zahlreichen Orten in Wolfsburg vorgestellt worden ist, ist es nun auch in Braunschweig zu sehen. Als Teil der *Braunschweiger Jugendbuchwoche*, die vom 23. bis zum 28. Oktober in Braunschweiger Schulen stattfindet, stellen der Autor Christian Sielaff und die Illustratorin Tonia Wiatrowski den Schülerinnen und Schülern die Sagen in einem kindgerechten Mitmachprogramm vor. Außerdem wird vom 10. Oktober bis zum 3. Dezember 2016 eine Ausstellung mit großformatigen Illustrationen des Sagenbuchs in der Kinder- und Jugendbuchabteilung der *Stadtbibliothek* im Schloss in Braunschweig zu sehen sein.

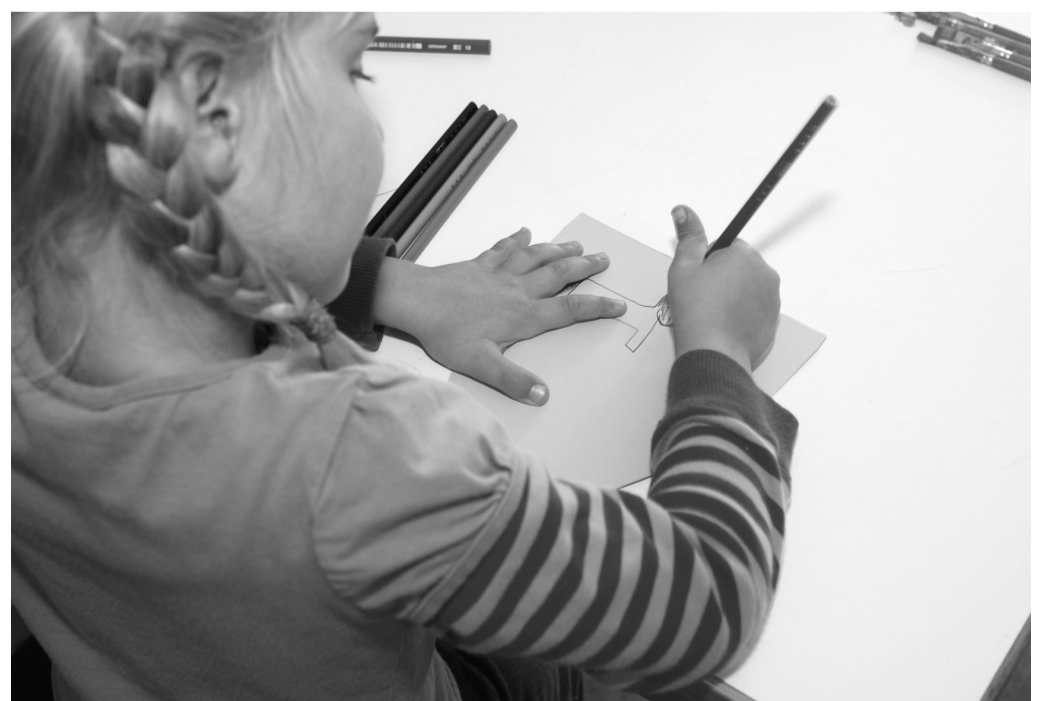


Foto: IZS

Die Burg Rothehof

VON DANIEL POLLOK

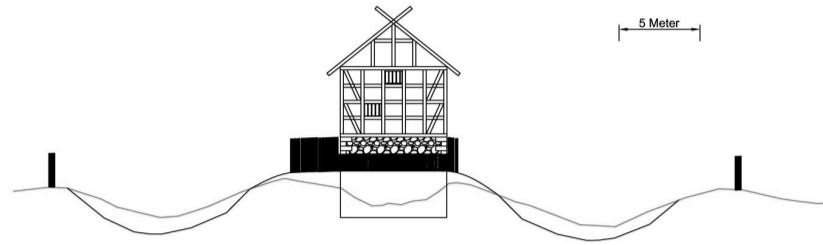
Zwischen den Straßen Burgwall und Rothehof liegt im Wald nahe dem Ziegelteich unmittelbar am Bachlauf Stemmelriede der gut erhaltene mittelalterliche Turmhügel der Burg Rothehof. Die Burganlage stellt eines der ältesten mittelalterlichen Zeugnisse der Stadt Wolfsburg dar.

Bei der Burg Rothehof, die mindestens seit der Mitte des zwölften Jahrhunderts besteht, handelt es sich um eine sogenannte „Motte“. Der Begriff Motte kommt aus dem Französischen und beschreibt einen Burgentyp, der im Kern aus einem künstlich geschaffenen aufgehügelten Bereich besteht. Im Zentrum der Anlage steht zumeist ein repräsentativer Turm oder ein repräsentatives Haus, das in der Regel von einem engen Palisadenwall umgeben ist. Die Burg Rothehof liegt auf der nördlichen Hälfte eines kleinen Geländesporns beziehungsweise eines ausgeprägten Hochufers in einer Bachniederung. Die künstliche Überhöhung des zentralen Turmhügels wurde hierbei im Wesentlichen durch das Anlegen eines Grabens geschaffen. Der Graben umgibt den Burgberg im Westen, Süden und Osten und läuft nach Norden hin in die Bachniederung. Heute ist er noch mit einer durchschnittlichen Tiefe von circa 2,5 Metern unter dem Plateau des Turmhügels erhalten. Ursprünglich dürfte die Tiefe sicherlich bei 3 bis 4 Metern gelegen haben.

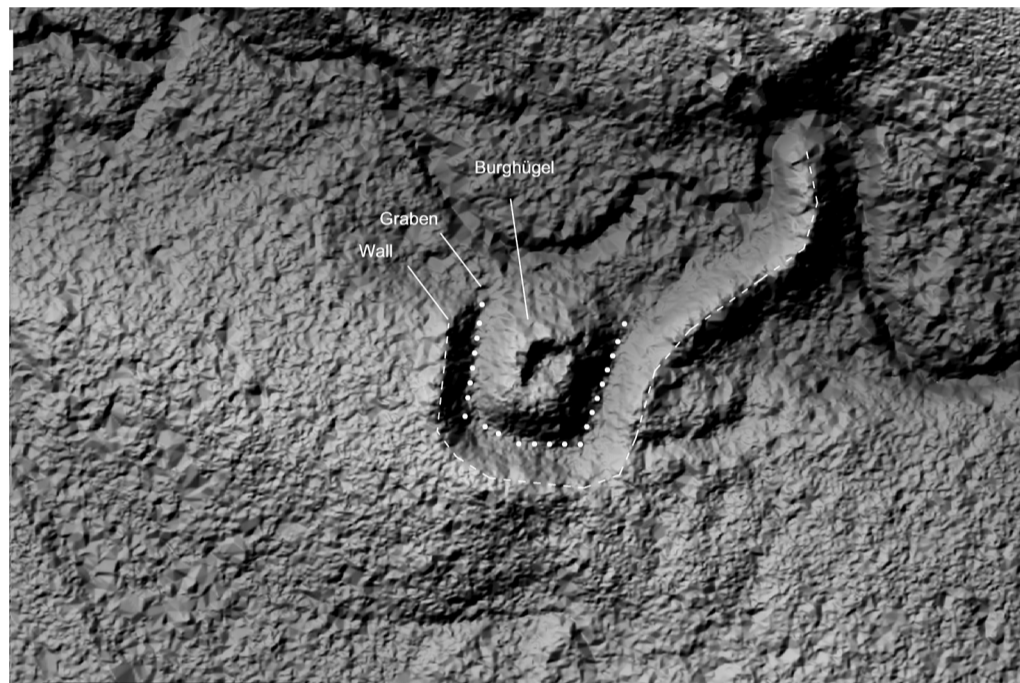
Der durch die Anlage des Grabens entstandene Hügel in Form eines vierseitigen Pyramidenstumpfes misst an der Basis etwa 19 × 22 Meter, auf dem oberen Plateau circa 12 × 16 Meter. Dem Graben des Burgberges ist ein insgesamt etwa 150 Meter langer Wall vorgelagert, der für die kleine Anlage fast überdimensioniert wirkt. Im Norden reicht er bis an den Bachlauf heran und besaß mit großer Wahrscheinlichkeit auf der nördlichen Uferseite ein Pendant. Aufgrund der Lage des Walles kann angenommen werden, dass der den Turmhügel umgebende Graben zumindest temporär durch Aufstauen der Stemmelriede mit Wasser gefüllt werden konnte, um die Schutzfunktion beispielsweise im Falle eines Angriffs noch zu erhöhen.

In einer 4,50 × 4,50 Meter messenden, in das Plateau des Burghügels eingegrabenen Grube sind an drei Seiten Steinsetzungen zu erkennen. Leider handelt es sich hier um die Überreste einer unsystematischen Ausgrabung ohne archäologische Dokumentation. Weder Grabungspläne noch archäologische Funde sind überliefert. Ob Wilhelm Robert Krutsch im Zusammenhang mit seiner Wüstungsforschung oder interessierte Wolfsburgern und Wolfsburgern die Eingrabungen verursacht haben, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Deshalb ist eine sichere Deutung der steinernen Strukturen nicht möglich. Sie könnten zu einem kellerartigen Raum gehört haben, über dem das eigentliche turmartige Gebäude in Fachwerk oder Stein errichtet war. Allerdings ist auch nicht ausgeschlossen, dass die aufgefundenen Steine frei nach der Fantasie der Ausgräber neu angeordnet worden sind.

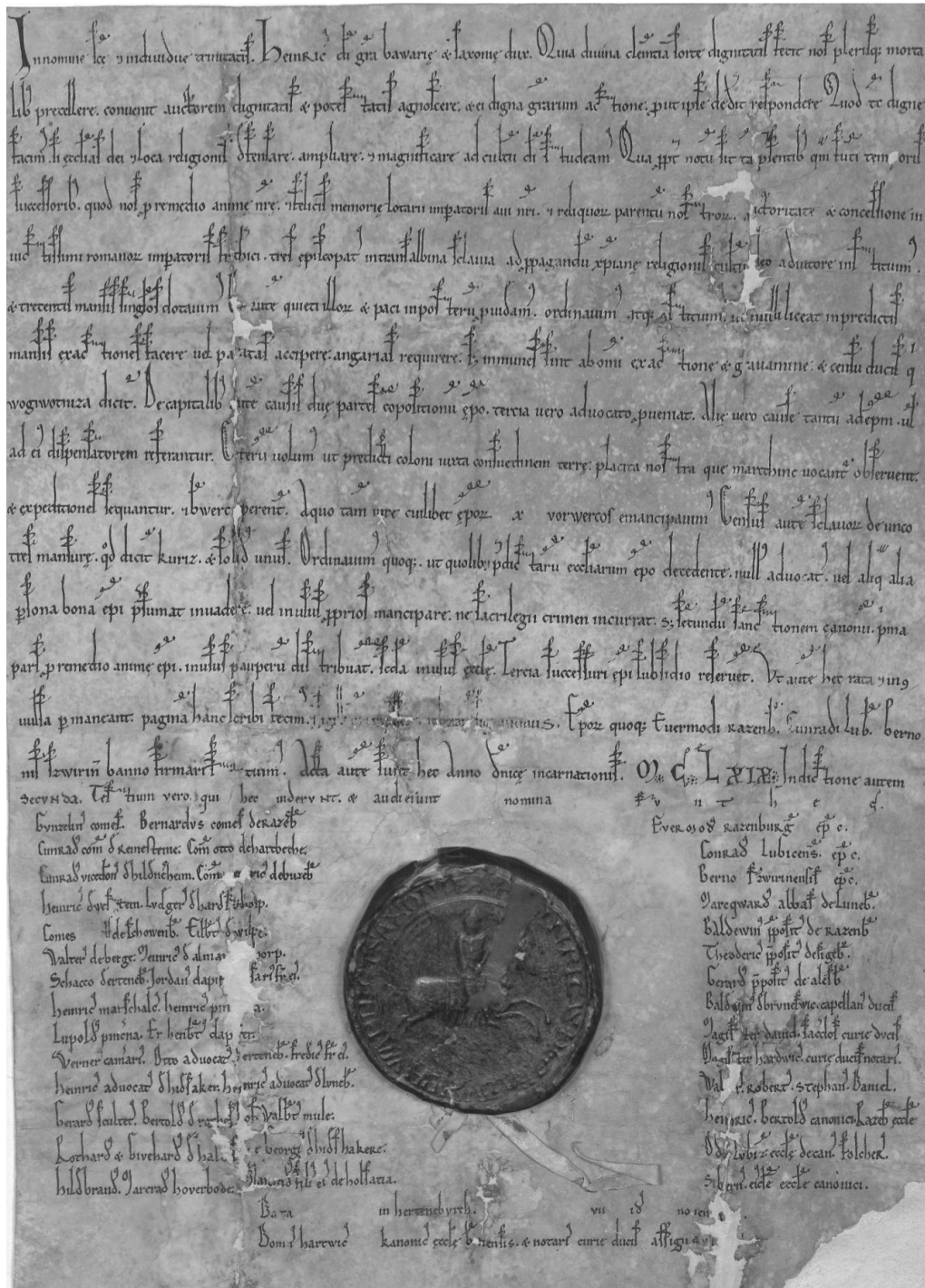
Oberflächenfunde im Umfeld des Burghügels geben wertvolle Hinweise zum Aussehen des befestigten und aufgrund seiner Größe im Mittelalter sicherlich auch dauerhaft bewohnten Turmes. So liegen in der Stemmelriede aber auch im Waldstück verteilt viele Steinquadern mit Mörtelspuren, die den Hinweis auf mindestens ein gemauertes Geschoss geben. Mehrere mittelalterliche Dachziegelfragmente sprechen für ein ziegelgedecktes Dach. Angelehnt an das Aussehen vergleichbarer Burgstellen lässt sich somit



Rekonstruktionsversuch der Motte Rothehof, Originaler Geländeverlauf grau, Palisadenzaun vor der Motte zur besseren Sichtbarkeit des Gebäudes in der Rekonstruktion teilweise ausgespart, beide Wälle tragen eine einfache Brustwehr, fachliche Beratung Michaela Pollok



Geländemodell Rothehof nach einer Darstellung von Wilfried Wessel auf Grundlage des Digitalen Geländemodells (DGM) der Stadt Wolfsburg, Geschäftsbereich Informationstechnologie 15-3 GIS, 2008



Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, Mecklenburg-Vorpommern, Landeshauptarchiv Schwerin Best. 1.5-2/1 Urkunden Bistum Ratzeburg / Strelitzer Bestand Nr. 7

ein erster Rekonstruktionsversuch der mittelalterlichen Burg Rothehof wagen. Urkundlich ist die Ersterwähnung bereits 1169 nachweisbar. In einer Urkunde vom 7. November stattete Heinrich der Löwe (Herzog von Sachsen und Bayern) die drei von ihm gegründeten Bistümer Lübeck, Ratzeburg und Schwerin mit je 300 Hufen Land aus und bestimmte ihre Freiheiten und Privilegien. Für die Legitimation des Rechtsvorganges wurden mehrere Zeugen auf der Urkunde erwähnt. Ein gewisser „Bertoldus de Rothehof“ ist mit einiger Sicherheit dem Rothehof an der Stemmelriede in Wolfsburg zuzuordnen. Dies legt die Herkunft der weiteren Zeugen, zum Beispiel Hitzacker, Hildesheim oder Haldensleben, nahe. Eine weitere wichtige Urkunde ist für das Jahr 1304 belegt. Hier wird der „Rodehoph“ von den Edelleuten von Warberg an die Bartenslebener übergeben. Für die Familie von Bartensleben, die die Wolfsburg erbauen ließ, war die Burg Rothehof so wichtig, dass sich dort ein Zweig der Familie niederließ. Dieser Zweig der Familie, auch Rothehofer Linie genannt, ist bis 1532 nachweisbar. Die Burg Rothehof wurde von Huner von Bartensleben bereits 1463 an die Bartenslebener auf der Wolfsburg verkauft. Zu diesem Zeitpunkt, vermutlich aber auch schon eher, ist der Rothehofer Zweig in Vorsfelde beziehungsweise Neuhaus beheimatet. Circa zehn Jahre später werden in einem Lehnbrief des Herzogs Friedrich von Braunschweig folgende Ortschaften als zu Rothehof gehörig genannt: Groß Hilgendorf, Hattorf, Honlage, Allersbüttel, Klein Hehlingen und die Nieder-Mühle beziehungsweise Schillermühle.

In einer ersten denkmalrechtlichen Einschätzung 1983 hat die Burg Rothehof als „eindrucksvolles Anschauungsobjekt“ Eintragung in die *Niedersächsische Denkmalkartei* gefunden. Durch die gute Erhaltung ihres Hügel, Walls und Grabens ist sie ein anschauliches Zeugnis für den Burgenbau des Mittelalters in der Region Wolfsburg. In ähnlicher Form haben wir uns nicht nur die Anfänge des Schlosses Wolfsburg vorzustellen, sondern auch die anderen Burgen im Wolfsburger Stadtgebiet: die Burgen von Vorsfelde und die Burg Stellfelde. Wichtige Antworten auf Fragen an die Turmhügelburg Rothehof stehen noch aus. Sind die Steine Spuren eines Fundamentes? Wo befindet sich die Vorburg? Gab es Kampfhandlungen vor Ort? Über welchen Zeitraum lässt sich die Nutzung archäologisch nachweisen?

Diesen und weiteren Fragen wird die *Untere Denkmalschutzbehörde* der Stadt Wolfsburg in den kommenden Jahren bei der Erforschung der Bodendenkmale im Stadtgebiet nachgehen.

1 Hans-Wilhelm Heine, „Die Motte – eine selten gewordene Art: Burgen vom Typ ‚Motte‘ in Niedersachsen“, in: *Archäologie in Niedersachsen*, Jg. 2 (1999), S. 79–83.

2 Angelehnt an eine Interpretation und Rekonstruktion der Motte „Mörderberg“ nach Ulrich Schoknecht, Kützerhof und Weitlin. Eine slawische Siedlung und ein frühdeutscher Turmhügel (Archäologische Berichte aus Mecklenburg-Vorpommern, Beiheft Nr. 4). Waren 2000.

3 Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, Mecklenburg-Vorpommern, Landeshauptarchiv Schwerin Best. 1.5-2/1 Urkunden Bistum Ratzeburg / Strelitzer Bestand Nr. 7.

4 Adolph Friederich Riedel, *Codex Diplomaticus Brandenburgensis A 17 Nr. 4*.

5 Adolph Friederich Riedel, *Codex Diplomaticus Brandenburgensis A 17 Nr. 105*.

6 Hans Adolf Schultz, „Die Burg Rothehof. Verborgene historische Stätten“, in: *Braunschweigische Heimat. Zeitschrift für Natur- und Heimatpflege, Landes- und Volkskunde, Geschichte, Kunst und Schrifttum Ostfalens*, Jg. 60 (1974), H. 3/4, S. 65–67.

Die Digitalisierung der Sexualität und ihre Folgen

VON JUSTIN HOFFMANN

Wer hätte gedacht, dass sich die Sexualität des Menschen durch Entwicklungen der Technologie und der Medien derart verändern wird. Die Digitalisierung ist der wichtigste Auslöser dieses Prozesses. Mit Erscheinungen dieser Entwicklung, besonders denjenigen, die Kunst und Kultur betreffen, beschäftigt sich der *Kunstverein Wolfsburg* in seinem Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm im Jahr 2016.

Die Veränderung der sexuellen Praxis

Mit dem Vordringen von Internet und digitalen Medien entstanden sexuelle Praktiken, die sich erheblich von früheren unterscheiden. Pornografie ist heute so weit verbreitet wie noch nie zuvor in der Geschichte der Menschheit. Durch das Internet, das nationale gesetzliche Regelungen weitgehend umgehen kann, sind pornografische Bilder und Filme überall und für jeden zugänglich. Bücher wie beispielsweise *Generation Porno* oder *McSex*. Die Pornofizierung unserer Gesellschaft, vermögen diese Situation anschaulich zu erläutern. Seine eigenen sexuellen Aktivitäten kann ein jeder auf einfachem Wege als Pornovideo auf etlichen Plattformen hochladen. Eine beliebte Form des Cybersex ist die Interaktion mit Webcamgirls beziehungsweise -boys. Auf diesem Wege kann mit sexuell Agierenden in Kontakt getreten werden, die sich in fernen Ländern oder auf anderen Kontinenten aufhalten. Auch ein Phänomen wie „Sugar Daddies“ bekommt im Zusammenhang mit entsprechenden Internetplattformen eine digitale Vermittlungsebene und somit eine neue Dimension und Reichweite. Per digitalem Kontakt wird eine Art Tauschhandel zwischen älteren, gut betuchten Männern und jungen, sexuell attraktiven Frauen vereinbart. Eine Absprache, die zwischen Prostitution und Partnerportal-Verhalten schwanken kann. Interessant bei der Beschäftigung mit Cybersex ist die Überlegung, was mit ihm eigentlich verloren geht. Eine durch Jennifer Bork kuratierte Ausstellung des *Kunstverein Wolfsburg* beschäftigt sich unter dem Titel *Sex Smells* mit der Tatsache, dass mit der Digitalisierung von Sex der Geruch von Lebewesen und Dingen verloren geht. Noch ist die Medienentwicklung so, dass Informationen optisch aber nicht mit dem Geruchssinn rezipiert werden können. Gerade in der Partnerwahl spielen Gerüche aber eine zentrale Rolle.

Wenn wir im sexuellen Bereich mit Hilfe neuer Technologien und Medien alles wissen, alles sehen und erfahren können, ist Pornografie dann überhaupt noch möglich? Könnte es nicht sein, dass sie gleichsam implodiert und sich aufgrund ihrer eigenen Massenverbreitung auflöst? Und wenn wir alles wissen, was geschieht dann mit der sexuellen Phantasie, nach Freud und Lacan der Motor unseres sexuellen Handelns? Ohne sexuelle Phantasie scheint der Sexualakt kaum möglich zu sein. Die sexuelle Phantasie weckt das Begehren, das uns hilft, Schranken zu überwinden und dem anderen in einer bis dahin unbekanntem Intimität zu begegnen. Die Folgen dieser Entwicklung, dem Niedergang der sexuellen Phantasie, könnten fürchterlich sein. Aber vielleicht wird damit andererseits die Grenze zwischen Sexualität und Pornografie verschwinden, und die eigentliche sexuelle Revolution kann beginnen.



ADAC&D, A Gender of Agency, Video (Film Still), 2016

Sexualisierung der Kultur

Nicht nur per Websites und Plattformen breitet sich die Sexualisierung aus, auch der Bereich der Mode wurde von einer neuen Sexwelle erfasst. Der Trend geht in der Bekleidung seit Jahren in Richtung Betonung der erogenen Zonen. Heute trägt man eine Body Shaping Wear. Kleidung ist nicht mehr Mode im eigentlichen Sinn, sondern besitzt vorrangig die Aufgabe, vor allem den weiblichen Körper zu optimieren. Vor ein paar Jahren konnte sich der String-Tanga etablieren, später kam der Push-up-BH hinzu. Heute ist die Lift-up-Strumpfhose ein Muss. In den Medien wird zurzeit gerne das Tragen von Hotpants in Schulen diskutiert. Aber auch Slim-Fit-Hosen und Leggings haben das Ziel, die Form der weiblichen Beine beziehungsweise Hüften zur Schau zu stellen. Mit immer raffinierteren Methoden gelingt der Bekleidungsindustrie eine zunehmende Erotisierung des Körpers. Aus dem Fetischbereich hat sie gelernt, dass nicht Nacktheit sondern eine zweite, verführerische Haut diese Funktion am besten erfüllt.



Marko Schiefelbein, Retail Therapy, Video (Film Still), 2015

Mit der Sexualisierung von Gesellschaft und Kultur verändert sich auch der Charakter der *role models* für junge Frauen. Vom wem wird diese Vorbildfunktion heute maßgeblich erfüllt? Während früher Personen aus den Bereichen Film und Popmusik als *role models* dienten, sind es heute Models aus der Werbe- und Modebranche, denen viele Teenager

nacheifern. Eine zentrale Rolle spielt dabei der Sex-Appeal der Modelle, die die Konsumenten verführen sollen, einen Artikel zu erwerben. Ein Beleg für diesen Trend ist die Tatsache, dass sich von allen Casting Shows im deutschen Fernsehen *Germany's Next Top Model* als beliebteste Sendung durchsetzen konnte – entsprechend radikal wird sie von den Gegnern dieses Programms attackiert.

Eine Auswirkung der Sexualisierung der Gesellschaft ist die Verschärfung des Konflikts zwischen religiösen Gemeinschaften und der westlichen Mainstream-Kultur. Die unterschiedlichen Vorstellungen von Sexualität spiegeln sich in der Medienwelt und Alltagskultur wider. Umso freizügiger die Menschen hier auftreten, umso stärker wird in religiösen Gruppen an das Schamgefühl appelliert. Gerade bei Angehörigen des Islams führt dies zu einer Zunahme der Verhüllung des weiblichen Körpers, bis gleichsam gar nichts mehr von ihm zu sehen ist. Die Sexualisierung vertieft den Graben zwischen westlicher und islamischer Welt.

Die Sexualisierung der Kultur kann als ein Phänomen der Aufmerksamkeitsökonomie begriffen werden. Sexuell konnotierte Bilder sollen in erster Linie besondere Beachtung finden. Ziel ist es, die Aufmerksamkeit der Menschen zu gewinnen. Aufmerksamkeit verdienen auch Kunstwerke, die sich mit Aspekten der Sexualisierung der Kultur beschäftigen. Im Vergleich zu den 1960er Jahren (Happenings von Jean-Jacques Lebel, Carolee Schneemann und Otto Mühl) wird Sex dabei weniger als Mittel der Provokation eingesetzt, sondern zur Darstellung von Defiziten und Diskriminierungen, nicht zuletzt, um auf Auswirkungen unserer sich derzeit verändernden digitalen Wirklichkeit und ihre Folgen für die Sexualität hinzuweisen. Die Ausstellung *Überschreiten* des *Kunstverein Wolfsburg* greift diese Aspekte partiell auf.

Dr. Justin Hoffmann ist Leiter des *Kunstvereins Wolfsburg*

Termine

Zur historischen Bildungsarbeit des IZS gehört auch die *Dokumentation über die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft*, die auf der Forschungs- und Dokumentationsarbeit des ehemaligen Leiters des Stadtarchivs Dr. Klaus-Jörg Siegfried basiert.

Im Obergeschoss des *Stadtmuseums* in den Remisen am Schloss Wolfsburg widmet sie sich den Themenkreisen Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk von 1939 bis 1945. Die Ausstellung lebt von Originalexponaten, die von ehemaligen Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen zur Verfügung gestellt wurden.

Die Dokumentation wurde im November 2008 um die Kunstaussstellung „Konzern“ erweitert. Die Werkgruppe des Künstlers Andreas von Weizsäcker besteht aus zehn Frottagen, mit denen Botschaften ehemaliger sowjetischer Zwangsarbeiter fixiert wurden. Diese hatten sie vor oder kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in die Rinden verschiedener Buchen im Wolfsburger Stadtwald geritzt. Die Geschichtswerkstatt bietet für Interessierte öffentliche Führungen an, die über die Arbeit, den Entstehungszusammenhang und den Künstler informieren. Das Kunstwerk eröffnet neue Wege in der Gedenkstättenarbeit und bereichert eindrucksvoll das Thema „Geschichte und ihre Gestalt“.

Termine für die öffentlichen Führungen: **20. Dezember 2016, 24. Januar 2017 & 21. Februar 2017, jeweils um 16.00 Uhr** in der *Dokumentation über die Opfer der NS-Gewaltherrschaft* im Obergeschoss des *Stadtmuseums Wolfsburg*, Schlossstr. 8, 38448 Wolfsburg

Die nächste Ausgabe von **DAS ARCHIV** erscheint im Februar 2017.

DAS ARCHIV

HERAUSGEGEBEN VOM INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE UND STADTPRÄSENTATION DER STADT WOLFSBURG

INSTITUTSLEITUNG
Anita Placenti-Grau

REDAKTION
Anita Placenti-Grau
Alexander Kraus
Aleksandar Nedelkovski

ANSCHRIFT
Stadt Wolfsburg, Institut für
Zeitgeschichte und Stadtpräsentation,
Goethestr. 10 a, 38440 Wolfsburg, Tel.
(05361) 27 57 30, Fax. 27 57 57, E-Mail:
izs-stadtarchiv@stadt.wolfsburg.de
www.wolfsburg.de/izs

Disclaimer: Trotz sorgfältiger Bemühungen konnten nicht alle Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Wir bitten darum dem IZS bestehende Ansprüche ggf. mitzuteilen.

AUFLAGE: 500

ISSN 2367-4431